

Danziger Zeitung.

№ 10812.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rotherbagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspaltel ober deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Lotterie.

(Bericht von H. C. Hahn.)

Bei der am 16. d. M. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 157. Königl. Preussischer Klassenlotterie fielen:

2 Gewinne zu 30 000 M. auf Nr. 29 804 75 366.
4 Gewinne zu 15 000 M. auf Nr. 35 420 49 237 62 262
64 179 6 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 12 219 13 113
23 440 35 564 56 638 89 329.

39 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 2 7007 10 398
10 803 13 375 20 818 22 845 26 415 28 117 28 842
29 520 37 401 39 065 45 127 45 488 52 871 54 600
54 934 55 217 57 768 58 218 59 093 61 006 64 982
65 355 65 548 66 312 72 907 77 920 78 867 81 933
83 932 84 442 84 687 90 689 91 449 92 704 94 509
94 923.

53 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 4988 5026
5678 6705 9106 9592 11 031 14 461 16 039 15 500
16 842 19 674 23 973 25 984 28 103 28 837 29 373
30 675 32 953 33 486 34 958 35 259 36 363 42 261
43 871 49 974 45 142 48 458 50 813 54 925 59 010
59 610 61 223 62 229 64 533 64 851 65 417 68 486
71 702 73 125 75 530 77 170 78 436 79 316 85 252
87 510 88 963 89 781 90 718 92 513 92 958 94 317
94 380.

69 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 526 3860 5536
6318 7323 8480 9094 9222 10 350 12 386 12 721
14 079 14 131 14 793 17 493 17 880 18 154 18 965
19 901 22 071 23 003 24 900 25 490 26 943 27 549
28 769 28 770 31 428 35 540 38 187 39 424 42 002
46 153 46 694 47 900 48 405 51 647 52 789 53 839
54 359 54 997 55 913 58 389 58 934 59 443 61 346
61 487 62 026 62 587 63 007 67 104 70 072 71 282
73 288 74 682 76 244 76 973 77 078 79 171 79 382
80 710 81 842 83 015 85 715 87 378 89 174 90 644
91 437 92 637.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 18. Februar. „Times“, „Daily News“ und „Standard“ betrachten die Situation als viel friedlicher und glauben, die Kriegsgefahr sei vorläufig abgewendet. „Standard“ glaubt, die Rückbewegung der britischen Flotte nach der Madania-Bay der Vereinstwilligkeit Russlands, von der Befehlshaber Konstantinopels abzusehen, aufzubrechen zu können. Die „Daily News“ erfahren, die Russen würden nach dem Abbruch der Verhandlungen in Adrianopel, welcher, wie die „Daily News“ meinen, am Mittwoch erwartet werden dürfte, Rumelien unverzüglich evacuieren.

London, 18. Febr. Der Dampfer „Endworth“ ist mit dem Passagierdampfer „C. M. Palmer“ nahe bei Harwich zusammengefahren. Der „Palmer“ ging nach zehn Minuten unter. Vierzehn Personen werden vermisst.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Petersburg, 17. Februar. Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht ebenfalls (siehe Ausland) die Documente über die Friedenspräliminarien und über die Waffenstillstandsconvention und beleuchtet zugleich in einem Leitartikel die räthselhaften Widersprüche und Inconsequenzen in den Aeußerungen der englischen Minister und ministeriellen Blätter. Das genannte Journal hebt besonders hervor, daß am 5. d. kein Grund zu Befürchtungen eines vorläufigen russischen Truppen gegen Konstantinopel vorlag, durch welche die „Morningpost“ das betreffende Telegramm Sayar's zu erklären sucht. — Den für nächsten Dienstag in Aussicht gestellten Erklärungen des Fürsten Bismarck in Bezug auf die orientalische Frage wird hier mit größter Spannung entgegen gesehen. — Der Großfürst Thronfolger wird am 18. d. Nachmittags 2 Uhr hier erwartet. Die Großfürstin ist ihrem Gemahl heute entgegengereist.

Reichstag.

5. Sitzung vom 16. Febr. r.

Interpellation der Abg. Thilens und Jinn: 1) Beabsichtigt die Reichsregierung dem Reichstage noch in gegenwärtiger Session a) einen Entwurf eines Reichsgesetzes, b) einen Gesetzentwurf über die Angelegenheit der aufstehenden und gemeingefährlichen Krankheiten, c) einen Entwurf eines Viehseuchengesetzes vorzulegen? 2) Ist die Aufstellung einer Viehseuchenkassette für das Reich in Angriff genommen und wie weit sind die bezüglichen Arbeiten gediehen? — Abg. Thilens: Am 8. Februar wurde aus gewichtigem Munde im preussischen Abgeordnetenhaus ein schwerer Vorwurf gegen die Unfähigkeit der Reichsbehörden auf dem Gebiete des Medizinalwesens und der öffentlichen Gesundheitspflege erhoben und ausgesprochen, daß dem Reichsgesundheitsamt die allernotwendigsten Grundlagen für eine fruchtbringende Thätigkeit fehlen. Reiner meiner Fachgenossen ist darüber zweifelhaft, daß die Frage der Reichsbeschaffung auf das Allerdringlichste einer gesetzlichen Regelung bedürfe. Auch das Reichsgesundheitsamt betont in seiner Thätigkeit die Nothwendigkeit und Durchführbarkeit des Reichsgesetzes; auch die Frage der Angelegenheit der aufstehenden und gemeingefährlichen Krankheiten verdient besonders bei Epidemien Berücksichtigung, einen Gesetzentwurf hält das Reichsgesundheitsamt aber nicht für notwendig. Das Viehseuchengesetz ferner ist eine Nothwendigkeit für Deutschland, und eine Viehseuchenkassette die Grundlage für dasselbe. Präsident Hofmann: Auf Grund des Berichtes der zur Vorbereitung der Medizinalstatistik eingesetzten Commission beschloß der Bundesrath, das Reichskanzleramt zur Ausarbeitung der beiden unter a) und b) genannten Gesetzentwürfe aufzufordern. Der Gesetzentwurf über die Angelegenheit wurde sofort ausgearbeitet und vom Bundesrathe genehmigt, aber nur mit der Bedingung, daß er erst mit dem Reichsgesundheitsamt zusammen dem Reichstage vorgelegt werden sollte. Ueber den letzteren Gesetzentwurf sind bereits Beratungen im preussischen Staatsministerium gepflogen. Ob es möglich sein wird, denselben noch in dieser Session vorzulegen, kann ich nicht bestimmt sagen. In Bezug auf das Viehseuchengesetz sind die nöthigen Einleitungen getroffen, besonders ist der preussische Landwirtschaftliche

Minister zur Aeußerung über die Erfahrungen in Preußen aufgefordert worden. Sobald das von ihm eingeforderte Gutachten der preussischen technischen Deputation für das Veterinärwesen eingegangen sein wird, soll die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes erfolgen. Bezüglich der Statistik haben das statistische Amt und das Reichsgesundheitsamt erklärt, daß es zur Grundlage für die Viehseuchenkassette eines Gesetzentwurfes bedürfe. — Abg. Jinn: Die Postfach hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn seit Jahr und Tag alle Anforderungen unangeführt bleiben, dann hat man wohl Anlaß zum Mißtrauen. Die Schwierigkeiten dürften bei dem Finanzminister liegen, aber es ist keine weise Sparsamkeit, wenn man Maßregeln nicht durchführt, ohne welche andere Gesetze, z. B. das preussische Viehseuchengesetz, nicht wirksam sein können. Was nützen alle Vorkehrungen gegenüber gemeingefährlichen Krankheiten, wenn ein Angelegenheit? Geht b. steht? Es ist nicht rationell, planlos in den Gesetzgebungs-Apparat hineinzufahren und nur das zu erledigen, was an der Stange hängt bleibt. — Abg. Reichensperger: Die mit dem Impulse gemachten trüben Erfahrungen müssen uns der vorliegenden Materie gegenüber etwas fähig machen. Außerdem wird die praktische Durchführung der obligatorischen Zeichnung sehr kostspielig werden und wir dürfen den ohnehin überbürdeten Gemeinden nicht neue Steuern auferlegen. — Abg. Sombart: Mit dem in Aussicht gestellten Viehseuchengesetz für ganz Deutschland muß unbedingt eine Regulierung des Abdeckereiwesens Hand in Hand gehen, da sonst das Gesetz fort und fort umgangen wird, wie wir es jetzt in Preußen erleben, wo man an Mißbrauch verendete Thiere einfach als an Herzschlag, Lungenseuche u. dergleichen bezeichnet. — Abg. v. Helldorff: Diese Ausführung beweist, daß die Regierung ungenügend hat, wenn sie sich bisher zuwandte verhielt. Sie kann auf diese Weise die Erfahrungen verwerten, welche man in der Sache in Preußen und anderwärts gemacht hat. — Präsident Hofmann: Der Vorwurf, daß die Regierung planlos vorgehe, wird dadurch widerlegt, daß sie erst die anderwärts gemachten Erfahrungen abwarten und berücksichtigen will. Der Abg. Jinn irrt, wenn er in finanziellen Interessen die Hauptbewehrung sieht. Diese waren keineswegs überwiegend. — Abg. v. Behr (Schmollow) erhebt das Reichskanzleramt, bei der Regulierung der Zeichnung sich mit allen den Staaten in Verbindung zu setzen, in welchen die obligatorische Zeichnung bereits eingeführt ist. Es werde sich dann zeigen, daß in einzelnen ländlichen Distrikten die Durchführung dieser Maßregel absolut unmöglich sei. — Abg. Löwe: Allerdings werden wir auch bei dem Zeichnungsgesetze nur eine unvollkommene Einrichtung haben, aber dasselbe wird für die Gesamtheit außerordentliche Vortheile bieten. Auch ist hin gegen eine Viehseuchenkassette nicht beschränkt worden. — Abg. Jinn: Ich halte den Ausdruck planlos aufrecht, denn wir haben Gesetze gegeben, welche ein Zeichnungsgesetz und ein Gesetz über die Angelegenheit bei aufstehenden Krankheiten voraussetzen. Das ist „nicht überwiegend“ finanzielle Bedenken gewesen sein sollen, welche der Regelung der Sache im Wege gestanden, beweist doch, daß finanzielle Schwierigkeiten erhoben worden sind. Derselben sind aber hinfällig, da in den meisten Fällen bei der Zeichnung die Kosten von den betreffenden Gemeinden zu bestreiten sind.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Einlösung und Prädication der von dem vorläufigen Nordb. Bunde ausgegebenen Darlehensfassenscheine. — Abg. v. Benda fragt an, wie es mit den Gesetzentwürfen über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und dem Oberrechnungshof stehe. — Präsident Hofmann: Eine definitive Beschlußfassung, ob diese Gesetze dem Reichstage in dieser Session vorgelegt werden sollen, ist noch nicht erfolgt. — Abg. Sönel wünscht möglichst bald eine definitive Entscheidung; denn bei allen finanziellen Beratungen hat das Fehlen dieser Gesetze die größten Hindernisse bereitet und einen großen Zeitaufwand verursacht. — Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das dem Reiche gehörige, in der Poststraße in Berlin gelegene Grundstück. — Abg. Schröder (Friedberg): Auch für das in der Poststraße gelegene Grundstück muß die beschränkende Bestimmung des Gesetzes vom 23. Mai 1877 Platz greifen, wonach die Bestimmung über den Zweck dieses Grundstückes bis zur definitiven Entscheidung über die Baustelle für das Reichsgebäude vorbehalten bleibt. Denn nach diesem Gesetze sollen die Grundstücke der Deder'schen Druckerei und das in der Poststraße gemeinsam unter der Beschränkung fallen. Es liegt heute keine Veranlassung vor, das letztere Grundstück von der Beschränkung zu befreien. — Geh. Reg. Rath Aschenborn: Die Ansicht, daß auch das Grundstück in der Poststraße von der Beschränkung betroffen sein soll, ist eine durchaus vereinzelte und hat bei der Beratung des erwähnten Gesetzes von verschiedener Seite Widerspruch erfahren. Der Abg. Behrens hat damals erklärt, daß wenn der Antrag Reichensperger, der die Beschränkung wollte, in dieser Session ausgelegt würde, dieser Antrag für ihn und seine politischen Freunde unannehmbar sei; da er aber anders ausgelegt werden könne, so würde er für den Antrag stimmen. — Abg. Lucius: Wie die Majorität die beschränkende Bestimmung des Gesetzes vom 23. Mai aufgestellt hat, weiß ich nicht; ich selbst habe sie nur auf das Deder'sche Grundstück bezogen. Damit wird in keiner Weise die Frage präjudicirt, ob die Summen für den projectirten Bau zu bewilligen sind. Diese Frage werden wir bei der betreffenden Budgetvorlage besprechen; mit dieser Maßgabe werde ich für die Vorlage stimmen. — Abg. Bamberger: Wenn auch heute der Abstimmung vom v. J. der Sinn untergelegt wird, als habe die Mehrheit das Deder'sche Grundstück vincuiren wollen, so muß ich dem entgegenwiderprechen. Es war der Sinn der Majorität und wurde von mir ausdrücklich ausgesprochen, daß das Grundstück in der Poststraße durch einen bloßen Zufall in Zusammenhang mit dem Deder'schen gebracht wurde dadurch, daß die Regierung beide Dinge gleichzeitig vorlegte. Unsere Ansicht war nicht nur, einen Drücker auf die Regierung auszuüben, sondern wir meinten, daß das Deder'sche Grundstück möglicherweise für das Reichsgebäude verwendet werden könne, aber das Grundstück in der Poststraße hat damit zunächst gar nichts zu

thun. Den heutigen Thatbestand halte ich am wenigsten zu Angriffen auf die Regierung für geeignet. Die Regierung erkennt die Vinculirung ausdrücklich an, sie verlangt nur eine theilweise Befreiung und nimmt einen affirmativen Standpunkt ein, den wir vereinbart haben. — Abg. Reichensperger: Von der Interpretation eines Gesetzes kann nur dann die Rede sein, wenn eine Unklarheit vorhanden ist; hier liegt aber eine Dunkelheit vor, da das Gesetz ausdrücklich von Grundstücken spricht. Wir werden gut thun, den Gesetzentwurf abzulehnen und die Bundesregierung kann ein neues Gesetz wegen Aufhebung der Beschränkung einbringen. — Das Gesetz wird angenommen.

Erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Feststellung des Haushaltsplans des Deutschen Reiches für das Etatsjahr 1878/79. Zur geschäftlichen Behandlung dieser Vorlage liegen folgende Anträge vor: 1) vom Abg. Nieper, den Etat der Reichs-Post und Telegraphenverwaltung für das Etatsjahr 1878/79 — einschließlich des außerordentlichen Etats an einmaligen Ausgaben — einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen; 2) vom Abg. Richter a. der Budgetcommission zur Vorberatung zu überweisen vom Etat für das Reichswehr Kap. 24 (Geldverpflügung der Truppen), Kap. 25 (Naturalverpflügung), Kap. 27 (Garisonverwaltungs- und Serviswesen), Kap. 34 (Reisekosten und Tagesgelder, Vorpausen und Transportwesen), Kap. 37 (Artillerie- und Waffenswesen); vom Marine-Etat Kap. 51 (Militärpersonal), Kap. 52 (Indienststellung der Schiffe), Kap. 53 (Naturalverpflügung), Kap. 60 (Werftbetrieb); den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung; den Etat der Reichsschul-, Kap. 69 und 69a; von den Einnahmen Kap. 1 (Zölle und Verbrauchssteuern), Kap. 18 (Zinsen aus belegten Reichsgeldern), Kap. 19 (Außerordentliche Zuschüsse), Kap. 20 (Matrialarbeiträge); das gesammte Extraordinarium und den Entwurf des Etatsgesetzes; b. im übrigen den Etat in zweiter Lesung in Pleno zu beraten; 3) vom Abg. Grumbrecht: vom Kap. 3 der Ausgaben (Reichscommissionariate) den Tit. 1 (Gehälter, Stationszulagen) der Budgetcommission zu überweisen.

Präsident Hofmann: Sie werden kein glänzendes Bild von den Finanzen des Reiches erwarten und nicht übersehen, wenn statt eines Ueberschusses, wie er in der Regel beim Ende der Finanzperioden in Aussicht genommen werden konnte, diesmal das Bedürfnis eines Ueberschusses hervortritt wird. Schon der Abschluß der letzten abgeschlossenen Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 hat den Beweis geliefert, daß die Zahl der fetten Jahre vorüber ist; er wird mit einem nicht bedeutenden Deficit von 1 200 000 M. abschließen. Dieses Deficit verwandelt sich in einen kleinen Ueberschuß, wenn die einmaligen Mehrausgaben der Marineverwaltung aus den Rückständen dieser Verwaltung gedeckt werden, wie Ihnen die Reichsregierung vorschlägt. Weit weniger glänzend wie der Abschluß des Jahres 1876/77 wird sich der des laufenden Rechnungs-jahres stellen, denn es läßt sich schon jetzt übersehen, daß einerseits die Ausgaben bei verschiedenen Verwaltungszweigen den etatsmäßigen Ansatz überschreiten, während andererseits die Einnahmen nicht unerheblich hinter den Ansätzen zurückbleiben. Bei den fortwährenden Ausgaben der Militärverwaltung hat sich ein Mehrbedarf von etwa 3 800 000 M. herausgestellt. Davon sind 3 Mill. M. durch die höheren Naturalienpreise für die Brotverpflügung und die Fournage der Truppen entstanden. Dieser Punkt ist für den nächsten Etat von hohem Interesse. Die Preise für Roggen, Hafer, Heu und Stroh sind bedeutend gestiegen und zwar für den Str. Roggen um 0,31, für den Str. Hafer um 1,14, für Heu um 0,38, für Stroh um 1,33 M. Weizen ist allerdings gegen den Etatsanschlag um 0,60 M. gesunken, aber der Weizenbedarf ist im Verhältniß zu den übrigen Artikeln sehr gering. Der Mehrausgabe der Militärverwaltung von 3 800 000 M. stehen gegenüber Minderausgaben und Ersparnisse bei anderen Zweigen dieser Verwaltung, so daß bei dem preussischen und den unter preussischer Verwaltung stehenden Contingenten nur eine Mehrausgabe von etwa 2 Mill. M. zu erwarten ist. Rechnet man dazu für das Sachliche und Württembergische Contingent und für die an Bayern zu zahlende Nachtragsquote etwa 400 000 M., so würde bei den fortwährenden Ausgaben der Militärverwaltung ein Mehrbedarf an 2 400 000 M. entstehen. Bei dem Reichskanzleramt sind Mehrausgaben in Aussicht zu nehmen in Folge der durch den Ausbruch der Kinderpest im vorigen Jahre entstandenen höheren Kosten im Betrage von 1 200 000 M. In den fortwährenden Ausgaben des Reiches wird sich ein Mehrbedarf von 75 000 M. ergeben, außerdem für die baulichen Veränderungen im Reichsgebäude eine außerordentliche Ausgabe von 300 000 M. Das Answärtige Amt erfordert eine fortwährende Mehrausgabe von 110 000 M. Die letzten drei Posten ergeben einen Betrag von zusammen 4 850 000 M. Demgegenüber stehen einige Ersparnisse aus den fortwährenden Ausgaben des Reichskanzleramts in Höhe von 240 000 M., aus denen der Reichsjustizverwaltung 200 000 M., aus dem Allgemeinen Pensionsfonds 200 000 M. und aus den Zinsen für die Reichsschuld 900 000 M. Im Ganzen sind also hier erspart 1 340 000 M.; somit bleibt eine Mehrausgabe von 2 725 000 M. Aus den Zinsen haben wir eine Mindereinnahme von 9 876 000 M., bei der Rübensteuer eine Mindereinnahme von 7 046 000 M., dagegen bei der Salzsteuer eine Mindereinnahme von 879 000 M.; bei der Tabaksteuer ist wiederum eine Mindereinnahme von 146 000 M. zu constatiren, ebenso bei der Branntweinsteuer und der Lebersteuereinnahme aus derselben 3 1/2 Mill. M. und endlich aus der Brausteuer eine Mindereinnahme von 84 000 M. Es ergibt sich hier also eine Mindereinnahme von rund 20 M. M. Dieses Resultat ist nicht überraschend, wenn man auf andere Länder blickt. Die Vereinigten Staaten Amerikas haben für das verflossene Jahr eine Mindereinnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern im Betrage von 17 Millionen Dollars. Bei der Wechselstempelsteuer werden wir eine Mindereinnahme von 375 000 M. haben. Die Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Reichseisenbahnverwaltung werden eine Mindereinnahme von je 1 1/2 Millionen also von zusammen 2 1/2 Mill. M. erzielen. In der Gesamtsumme befreit sich also die Mindereinnahme auf 22 875 000 M. Dem gegenüber stehen einige Mehrausgaben und zwar aus Ueberschüssen und Ersparnissen aus dem Jahre 1875: 2 593 000 M. aus den Zinsen für belegte Reichsgelder 1 190 000 M. und aus verschiedenen Titeln

70 000 M., also im Gesamtbetrage von 3 853 000 M. Zieht man diese Mehreinnahmen von den Mindereinnahmen ab, so bleiben an Mindereinnahmen 19 022 000 M., welche zusammen mit den Mehrausgaben ein Deficit von 21 747 000 M. ergeben. Hierzu kommt noch eine außerordentliche Ausgabe von 4 650 000 M., welche entstanden ist aus der Verstärkung der Friedensgarnisonen in Elsaß-Lothringen und die dadurch verursachte Verlegung von Truppentheilen dorthin. Die Reichsregierung schlägt Ihnen vor, diese Beträge nicht durch die laufenden Mittel, sondern im Wege des Credits zu decken. — Der Entwurf für 1878/79 ist in seiner ganzen Construction dem für das laufende Jahr nachgebildet; nur zwei neue Specialtitel sind eingefügt. Das Hauptresultat ist folgendes: Der vorliegende Etat ergibt gegen den vorigen eine Mindereinnahme von 16 933 761 M. und eine Mehrausgabe von 11 466 096 M., also ein Deficit von 28 459 847 M. Bei den Mehrausgaben sind die Hauptposten folgende: In der Militärverwaltung 4 262 000 M., in der Marineverwaltung 3 550 000 M., in der Verwaltung der Reichsschuld 3 301 000 M. Von dem Mehrbedarf der Militärverwaltung fällt der größte Theil, nämlich 3 295 453 M., dem Umfange zur Last, daß höhere Durchschnittspreise für die Naturallieferungen in Aussicht genommen werden müssen. Der Mehrauswand in der Marineverwaltung ist darin begründet, daß die Marine nach Maßgabe des Flottenneubauplanes sich jedes Jahr erweitert, wodurch mittelbar weitere Bedürfnisse für die Verwaltung entstehen. Bei der Verwaltung der Reichsschuld endlich erklärt sich der Mehrbedarf daraus, daß die vierprozentigen Anleihe bis auf ungefähr 3 Millionen vollständig begeben worden ist, und einen höheren Bedarf an Zinsen beansprucht. Dieses Bedürfnis erhöht sich noch, wenn für das nächste Etatsjahr eine Anleihe von demselben Betrage aufgenommen wird, und hierzu die Zinsen der Schatzanweisungen treten. Die Mindereinnahmen resultiren hauptsächlich daraus, daß etwa 11 1/2 Mill. M. Ausfall an Ueberschüssen aus früheren Jahren in Ansatz gebracht werden mußten. Die Reichsregierung hielt es nicht für gerechtfertigt, wie in vorigen Jahren, einen Zuschlag wegen Zunahme der Bevölkerung einzustellen. Die Reichsregierung schlägt Ihnen vor, diesmal das Deficit von 28 Mill. M. nicht durch Erhöhung der Matrialarbeiträge, sondern durch Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches zu decken. Die Gründe hierfür zu entwickeln werde ich bei Beratung der betreffenden Vorlagen Gelegenheit haben.

Abg. Richter (Hagen): Vergleichen wir diesen Etat mit dem pro 1872, dem ersten Etat des neuen Reiches, so ergibt sich, daß die Einnahmen hinter den Ausgaben nur um 13 Mill. M. zurückgeblieben sind. Die hier in Ansatz gebrachten Matrialarbeiträge überstiegen daher die pro 1872 nur um 13 Mill. oder nach Abrechnung der in den Matrialarbeiträgen stehenden Ueberschüsse des Reiches für Bran- und Brauweinsteuer nur um 7 Mill. M. Inzwischen haben allein die norddeutschen Staaten 439 Mill. M. aus der französischen Kriegscontribution erhalten und konnten dieselben theils zur Schulden Tilgung, theils zu Eisenbahnbauten verwenden. Sie wären daher jetzt fähiger als früher, höhere Matrialarbeiträge zu zahlen, zumal sie diese großen Summen auch nach der Kopfzahl empfangen haben. Noch in den letzten Wochen hat eine bis dahin unvorhergesehene Vertheilung von 20 Mill. stattgefunden. Indes Niemand wird glauben, daß der Etat dieses Hans mit 100 neuen Mill. Matrialarbeiträgen verlassen wird, wie er dasselbe betreten hat. Das angebliche Deficit war offiziell zuerst auf 40 Mill. berechnet, beträgt jetzt nur 28 1/2; im vorigen Jahre war es 26, davor 16; 1875 25 Mill. Es ist bisher noch immer gelungen, daß die Vertheilungen zu machen, ohne sonderliche Mehrbelastung. Man kann dem Reichstage nicht vorwerfen, daß die Finanzpolitik getrieben zu haben. Der Invalidenfonds erweist sich trotz der im vorigen Jahre überwiesenen neuen Ausgaben schon wieder als zu groß. Wir werden daraus, wenn wir die Bilanzierung bis auf das nächste Jahr verschieben, alle bisher aufgenommenen Anleihen tilgen können, ohne seinen Zweck zu beeinträchtigen. Ich muß nun das angebliche Deficit von 28 Mill. etwas zurückstellen. Rechnet man nach, daß die Zundersteuer im laufenden Jahre in Folge der letzten geringeren Rübensteuern, großer Ausfahrbestimmungen und geringerer Einfuhren allerdings 15 Mill. weniger eingeht, daß aber gerade die Ernte von 1877 mit einem Plus von 12 000 000 Rubel für den neuen Etat 10 000 000 mehr verschleude. Statt dessen habe die Regierung, unter Anwendung einer veränderten Berechnungsweise die Zoll- und Verbrauchssteuern um 7 1/2 Millionen niedriger veranschlagt. Die orientalische Frage gewinnt in diesem Augenblick einen acuten Charakter; entständen daraus tiefere Verwicklungen, so verliere die jetzige Etatsaufstellung überhaupt ihre Grundlagen und weder höhere Matrialarbeiträge, noch höhere Steuern seien am Platze, nur außerordentliche Mittel könnten dann ergriffen werden. Schließe diese Frage dagegen friedlich ab, so würden dadurch die Unterlagen des Budgets mehr verbessert, als durch alle Arbeiten der Budgetcommission. Wie die Dinge im Uebrigen liegen, könnte man durch Einstellung des bisherigen Betrages an Zoll- und Verbrauchssteuern die Bilanz um 7 1/2 Mill. verbessern. Dazu kommen noch 1 1/2 Mill. wenn der Bundesrath die städtische Bevölkerung im Freibereich von Hamburg und Bremen mit einem dem wirklichen Verbrauch der Bevölkerung daselbst an Kaffee, Zucker u. s. w. mehr entsprechenden Aversum heranzieht. Rechnet man weiter aus, daß in diesem Etat bei den Bänden der Militär- und Postverwaltung 3 Mill. M. mehr aus laufenden Mitteln und weniger aus Anleihen gedeckt werden, als im Vorjahr. Wenn man bei wenig günstigen finanziellen Verhältnissen gleichwohl große außerordentliche Vorkaufsausgaben vornehme, so müsse man umgekehrt, Anleihen stärker heranziehen, als in anderen Jahren. Rechnet man nach, daß die Militärverwaltung pro erstes Semester 1878 billige Preise für den Verkauf überflüssiger Nationen publicirt hat, als sie im Etat für den Einkauf beansprucht. Rechnet man auch die Mehrforderung für Naturalverpflügung mit 3 Mill. ab, so ergäben die bisherigen Aufstellungen schon 14 Mill. von den verlangten 28, ohne Beschränkung von Verwendungen, nur durch größere Nichtstellung der Berechnungen. Aber auch materiell seien gewisse Einschränkungen der Ausgaben angezeigt. Durch Anpassung an die gestiegenen

Preise sei der Militäretat von 1872 bis 1878 um 80 Mill. A. oder 33 1/2 p. h., im Ordinarium gestiegen. Jetzt, bei sinkenden Preisen, reducire man die Fonds nicht entsprechend und hübe desto größere Vorräthe an. Wir sollen jetzt schon Geld hülfe für den Zeitpunkt, wo die eben den Truppen übergebenen neuen Mäusergewehre durch andere ersetzt werden sollen. Den Erlös für verkaufte Zündnadelgewehre finden wir nicht verwerthet. Die Officiere sollen jetzt die doppelte Commandozulage im Cantonement erhalten. Wenn das nicht geschähe, würden folgen schwere Dispositionen den Bestand des Officierscorps verringern und vom Betreten dieser Laufbahn abschrecken, heißt es in den Motiven. Nun würde aber jene Verdoppelung für jeden Offizier durchschnittlich nur ein 20-Markstück ausmachen: dieses fehlende Stück kann doch nicht solche Folgen haben. (Heiterkeit.) Es handelt sich eben darum, mit solchen Aufbesserungen nicht vereinzelt, sondern uns systematisch nach längeren Perioden, in guten Jahren, vorzugehen. Die Präsenzstärke der Armee ist durch Gesetz festgestellt und Ersparnisse nach dieser Richtung sind somit ausgeschlossen. Die Marine trägt zur Vermehrung des Ordinariums mit 3 1/2 Mill. beinahe ebenso viel bei, wie die Armee. Seit 1872 ist das Marineordinarium von 11 auf 25 Mill. M. gewachsen. Der Umfang der Zauberkunst der Schiffe trägt zur neuen Steigerung besonders bei; die Kosten für dieselbe sind jetzt schon größer als sie nach Durchführungsplan des Flottenentwicklungsplanes nach 1882 sein sollten; das Personal wird übermäßig angezogen. Die seemannische Bevölkerung kann der verstärkten Ausdehnung nicht folgen; die Schiffe werden rasch amortisiert. Die Indienststellung hängt nicht mit der orientalistischen Frage zusammen. Statt 2 Corvetten und 1 Kanonenboot, nach dem Flottenentwicklungsplan, sollen wir in Ostasien und Australien jetzt 8 Corvetten und 5 Kanonenboote stationieren. Wir haben uns nicht am wenigsten für Deutschlands maritime Entwicklung interessiert und empfinden Genugthuung darüber, Deutschland nicht mehr der Unbill jedes kleinen Handelsstaates ausgesetzt zu sehen; aber ost modus in rebus. Wir können nicht zugleich 400 000 Mann Landvolk fortgesetzt unterhalten und die Marine über ein bescheidenes Maß hinaus ausdehnen. An der internationalen Meerespolizei wollen wir uns betheiligen, jedoch der auswärtige Handel mit halbbarbarischen Völkern kann nun einmal nicht, wie es dem Ideal unserer Consuln entsprechen mag, durch Corvetten und Kanonen so gesichert werden, wie der Handel in den Straßen von Berlin. (Heiterkeit.) In der Civilverwaltung des Reiches sind die schönen Zeiten längst vorbei, wo man mit 4 vorliegenden Räten und 2 Hilfsarbeitern im Reichsfinanzamt auskam. Gleichwohl sind damals vielfach bessere Gesetze vorbereitet worden, als heute. Wir haben es nicht abgelehnt, für besondere Zwecke neue Reichsdarlehen zu schaffen; aber der Enthusiasmus für Schaffung neuer Behörden geht zu weit. Unsere Reichsbureaucratie zählt schon an Hunderten nach Köpfen; gleichwohl wird in diesem Etat fast auf jeder Seite ein neuer Geheimrath geplant, und zu jedem neuen Geheimrath gehört natürlich auch ein neuer Secretär und ein neuer Kanzleibeamter. Jeder neue Beamte raßt schon durch seine bloße Existenz neue Schreiberei hervor. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Das neue Civilcabinet des Reichskanzlers wird auch die Schreiberei nicht vermindern und die persönliche Stellung der Inhaber der obersten Reichsämter heben. — So weit durch Streichungen nach den angegebenen Richtungen die Erhöhung der Matrialarbeiträge nicht vermieden werden kann, werden wir auf Bestände der Kriegskasse zurückgreifen können. Da gibt es doch noch einzelne verwendbare Buntel in einzelnen Ecken, über deren Natur sich Minister Hofmann, wie er sich vorgestern ausdrückte, noch nicht vollständig klar hat werden können. Nebst führt mehrere solcher Fonds an und kommt dann auf die neue Entdeckung der 28 Millionen Ersparnisse aus den Verpflegungsgeldern der Occupationarmee zu sprechen. Man kann nicht verlangen, daß wir uns hier bei dem Deficit abmühen, während die Vorlage mit den Ersparnissen im Bundesrath zurückgehalten wird. Hat dann die ungünstige Seite des Budgets ihren Zweck erfüllt, so präsentiert man uns die Ersparnisse für milde Stiftungen zu Officierscasinos und Dienstwohnungen commandirender Generale. Zum mindesten die aufgelaufenen Zinsen jener Ersparnisse gebühren schon geschäftlich auf diesen Etat und reichen mit allen übrigen namhaft gemachten Beträgen aus, eine Erhöhung der Matrialarbeiträge überflüssig zu machen. — Die Finanzpolitik der Regierung leidet an zwei falschen Grundausstellungen. Sie betrachtet die ungewöhnliche Ausgabenerhöhung der letzten fünf Jahre als organisch fortdauernd in der Zukunft und hält ebenso die aus besonderen Verhältnissen folgende Stagnation der Einnahmen für etwas Normales. Wir leugnen Beides und betrachten die augenblickliche Knappheit nur durch eine Complication vieler ungünstiger Momente herbeigeführt. Unsere Auffassung der Finanzen steht im Einklang mit unserer Auffassung der gesammten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Bis vor einigen Jahren war unter dem Einbruch der äußeren Erfolge und der Milliarden ein Optimismus vorherrschend, der meinte, nun könne Deutschland nichts mehr fehlen; das Geld liege auf der Straße, man brauche es nur aufzunehmen. Dem gegenüber haben wir uns eine möglichst nüchterne kritische Auffassung zu bewahren gesucht, und als dies nicht gerade sehr populär war. Nun ist der Optimismus in pessimismus umgeschlagen. Man glaubt, Deutschland könne sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen durch sich selbst nicht anders herausarbeiten, als mittels staatlicher Zwangsmaßnahmen, durch Schulzölle, Gewerbe- und Polizeibeschneidungen. Wie es Leute giebt, welche glauben, Schulzölle und Gewerbegehalte könnten neue Produktionskräfte erschließen und den Volkswohlstand heben, während vergleichen die vorhandenen Werte nur zu deplaciren vermag, so scheint es jetzt auch Leute zu geben, welche meinen, neue Steuern könnten Mittel erschließen, die sonst gar nicht vorhanden sind. Alle Steuern müssen aber aus dem Volkshaushalt, dem Arbeitskern vorweg entnommen werden. Je mehr Steuern, desto weniger behält der einzelne für sich; aus einem und demselben Portemonnaie, wenn auch bei verschiedenen Gelegenheiten, sind alle Steuern zu bezahlen. Unter denjenigen, die jetzt neue Steuern projectiren, sind die Herren, die gegenwärtig hinter dem Regierungsschirm, noch gar nicht die schlimmsten. (Heiterkeit.) Die freiwilligen Erfinder neuer Steuern fürchte ich am meisten. Jede Post bringt mir Broschüren und Prospekte über neue Steuern. Vorgestern besuchte mich jemand, ein solider respectabler Herr, der hatte nicht weniger als drei neue Steuern, jede a 100 Mill. M. Ertrag, erfunden. Er schien mir durchaus selbstlos, denn er verlangte nicht einmal, für seine Erfindung Reichsfinanzminister zu werden. (Heiterkeit.) Wie ein Kind sein Spielzeug auf den Tisch stellt, so schlägt man Monopole oder Fabriksteuern vor, als sei dies die unbedingte Sache von der Welt. Was andere Staaten unter dem Druck schwerer innerer und äußerer Kriege, unter der Last von Milliarden Staatsschulden, am Rande des Staatsbankrotts zugleich mit der Papierwährung sich auferlegen mußten, sollen wir als das Milliard reich uns freiwillig, gleichwie als einen Kopfschmerz anlegen. Durch ein Reichseisenbahnproject greift man in alle Eisenbahnverhältnisse störend ein und läßt es dann wieder als ausfallslos fallen, um ein nicht minder in eine große Industrie einschneidendes Steuerproject aufzunehmen. In, nachdem der Bundesrath diese beiden Steuerprojecte an uns abgehandelt, ist bereits wieder eine neue Commission eingesetzt worden,

um zu erörtern, inwieweit der Tabak noch darüber hinaus mit Steuern belastet werden kann. Solche Verwirrung ist bereits angerichtet, daß wenn diese Gesetze wirklich zu Stande kämen, die Steuern dann für lange Zeit nicht in die Reichskasse, sondern in die Taschen von Speculanten bejaht werden würden, die bereits große Vorräthe eingeführt haben. Es soll in Berlin Speculanten geben, die bis zu 30,000 Ctr. Tabak auf Lager haben, um daran a 10 Tblr. zu verdienen und sich zur Ruhe zu setzen. In Mannheim ist die Speculation derart fieberhaft, daß so gar Hopfenhändler schon Tabak auf Lager legen. (Heiterkeit.) Nächstens werden sich Deputationen von Tabaksinteressenten melden, mit der Bitte, um Gotteswillen die Tabaksteuer anzunehmen, damit ihre Speculation auf die Taschen der Steuerzahler gelingt. Nun sagt man, Steuerreform wolle man; aber dieser schönen Waffe trauen wir nicht; wir werden ihr überall beim Begegnen scharf ins Auge sehen, um zu erkennen, wieviel Reform und wieviel Steuererhöhung dahintersteckt. Was uns bis jetzt in dieser Umhüllung begegnet, war einige 2/7 Reform, im Uebrigen seiner Tendenz nach halb Steuererhöhung, namentlich der kleineren Leute, halb Einschränkung des Einnahmewillens des Reichstages. Eine abstracte Schmach nach Steuerreform besitzen wir unter diesen Verhältnissen am wenigsten. Wir wollen lieber als Steuererhöhungen unter dem Titel Reform die alten Steuern behalten. Jede alte Steuer ist als alte Steuer weniger drückend, während jede neue Steuer, als neue Steuer, selbst wenn sie an und für sich besser ist, in der ersten Zeit einseitig drückt, namentlich wenn sie einzelne Industriezweige erfasst. Unterwegs brauchen wir über die beiden neuen Steuerentwürfe demnach nicht einmal die erste Lesung stattzufinden, denn wir vermögen aus diesem Budget kein Bedürfnis an einer Steuererhöhung zu sehen, weder dieses Ministerium noch einem andern Ministerium gegenüber. (Beifall.)

Geb. Rath Michaelis: Ich leugne entschieden, daß die Aufstellung des Etats von pessimistischer Auffassung dictirt ist. Der Vorredner ist mit einem Optimismus aufgetreten, der für die Finanzverwaltung nur erstens sein kann, weil er ihr günstige Aussichten für die Zukunft eröffnet. Wenn ich indessen das Pelotonfeuer von Millionen, welches von jener Seite auf uns hereinprasselt, höre, so fällt mir dabei ein Sprichwort meiner Heimat ein, die dem Reden nicht einmal den Werth von Silber beilegt, sondern sagt, Reden ist überhaupt kein Geld. So fürchte ich, die Mehreinnahmen von der Rübensteuer und dem Zuckergeld, welche der Vorredner in Aussicht gestellt hat, werden nur Worte bleiben. Der Vorredner hat dann den vorliegenden Etat mit dem von 1872 verglichen; eine einfache Vergleichung ist nicht angebracht, sondern man muß nach der Entwicklung der Wirklichkeit urtheilen. Die Erhöhung des Etats von 1873 entsprach einer Coniunctur, die man als eine dauernde nicht ansehen konnte. 1872 betragen die durch eigene Einnahmen des Reiches nicht gedeckten Ausgaben 12 1/2 Procent, 1875 beliefen sich die durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben auf 26 Procent, 1876 und 1877 ungefähr ebenso hoch, 1878 auf 27 Procent. Unter solchen Verhältnissen kann man die Etats von 1878/79 und 1872 also nicht ohne Weiteres vergleichen. Das Reich hat den Einzelstaaten für Erleichterungen Raum gegeben und ihnen gestattet ihre Ausgaben zum Wohle der Bevölkerung zu erweitern. Wenn wir heute die Matrialarbeiträge auf den Kopfbetrag zurückführen wollten, wie sie 1871 standen, so würden wir Mittel für das Reich in Anspruch nehmen müssen, welche nicht mehr disponibel sind. Der Vorredner hat es getadelt, daß wir an dem Grundsatz, die Vermehrung der Bevölkerung bei den Veranschlagungen der Zölle und Verbrauchssteuern in Rechnung zu ziehen, abgewichen sind; es war dies notwendig, weil die vorjährigen Aufschläge sich nicht erfüllten. Sein Trost, daß die Rübensteuer einen besseren Ertrag haben würde, ist doch nur eine Discontinuität der Zukunft; die Hinzunahme des Invalidenfonds ist auch nicht durchschlagend, denn ob man Schulden macht oder Kapitalbestände aufhebt, ist ziemlich gleich. Die Mittel für die Indienststellung von Schiffen sind notwendig, wenn die Marine nicht außer Stande sein soll, die ihr zufallenden Aufgaben zu erfüllen.

Abg. v. Malsbahn (Gült): Ich bin mit dem Abg. Richter darin einverstanden, daß man neue Steuern nicht schaffen soll, wenn die Finanzlage es nicht absolut erfordert; aber es ist mir interessant gewesen zu sehen, aus wie vielen Töpfen Richter naschen mußte, um zu seinem Resultat, daß unsere Finanzlage günstig sei, zu kommen. Das Ergebniss des vorigen Jahres, welches eine Mindereinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern von 7 1/2 Mill. M. aufweist, hat gezeigt, wie gerechtfertigt unsere Warnung war, den gewohnten Rechnungsmodus nicht zu verlassen, also nicht den Bevölkerungswachsthum von Einfluss auf denselben sein zu lassen. Es ist richtig, daß man den Berechnungen stets dasselbe Princip zu Grunde legen soll; aber ein Verstoß gegen diesen Grundsatz ist nicht in diesem, sondern im vorigen Jahre gemacht worden. Die Mehrforderungen des Etats im Ordinarium werden zum großen Theil nicht angefochten werden können, namentlich die Indienststellung von Schiffen wird notwendig sein, wenn wir unsere Interessen in den außereuropäischen Ländern wahrnehmen wollen; wir können uns nur freuen, wenn unsere Marine so statisch angewachsen ist. Ob die Aufschläge für die Naturalien den Verhältnissen entsprechend normirt sind, können wir heute nicht entscheiden. Mir ist es aber ganz zweifellos, daß wir, wenn auch nicht in diesem, so doch im nächsten Jahre vor der Frage der Erhöhung der Matrialarbeiträge stehen werden. Die Ermäßigung derselben ist eine Frage der Steuerreform. Ich halte nun die Zeiten der Noth für nicht geeignet zu solchen Reformen, und hätte lieber gesehen, daß wir schon im vorigen Jahre ernsthaft auf diese Frage eingegangen wären; jedenfalls werden wir in diesem Jahre ernsthaft daran gehen müssen. Die Vorlage über die Tabaksteuer greift so tief ins Leben ein, daß es fraglich sein könnte, ob man eine solche neue Organisation wegen einer finanziell so unerheblichen Summe einführen soll.

Abg. Richter: Ich will hier nicht auf die Steuerentwürfe eingehen, sondern nur im Gegensatz zum Abg. Richter constatiren, daß auch auf der linken Seite des Hauses von einer großen Anzahl von Mitgliedern die Nothwendigkeit der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches anerkannt wird. In gleicher Zeit fordern wir allerdings eine Steuerreform nicht nur im Reich, sondern auch in den Particularstaaten. Diesen Standpunkt werden wir auch bei der Vertheilung der jetzigen Steuerentwürfe einnehmen. In Bezug auf das Budget selbst sind alle Parteien einig darin, daß man so viel als möglich den augenblicklichen Verlegenheiten unserer Finanzlage Rechnung tragen, daß man die einzelnen Positionen des Budgets genau prüfen und danach entscheiden muß. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Budgets würde ich im Einklang mit dem Abg. Richter nichts dagegen einwenden, wenn das Haus den Post- und Telegraphenetat und den Eisenbahnverwaltungsetat einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überweist, vorausgesetzt, daß dieselbe die ihr überwiesenen Etats im Geiste einer Budgetcommission von finanziellen Gesichtspunkten prüft und ihre Wünsche mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage des Reichs formulirt. Mit dem Antrage Grundrecht erklären wir uns einverstanden. Man kann von dem Einzelmeinungen heute absehen, ob wir ein augenblickliches oder ein dauerndes Deficit haben — wir haben ja eigentlich kein Deficit, da wir die erforderlichen Matrialarbeiträge immer haben. Die Meinungen darüber sind verschieden; die Einen meinen sich die Zu-

kunft in dunkeln, die Andern in hellen Farben. Meine Stellung kennen Sie ja aus früheren Jahren, wegen welcher ich viele Anfechtungen erfahren habe. Wir sind darin einig, daß wir bei diesem Budget möglichst die Matrialarbeiträge herabmindern müssen. Im Ordinarium wird bei der Militärverwaltung der größte Posten in Bezug auf die Naturalverpflegung einer Modification unterworfen werden müssen. Die Militärverwaltung als solche hat kein Interesse an dieser Frage; sollten die Aufschläge im Etat falsch sein, so wird derselbe einfach überschritten, wie das ja schon mehrfach vorgekommen ist. Seitdem wir anerkanntermaßen die Etats der Wirklichkeit möglichst entsprechend aufstellen, müssen wir alle maßgebenden Momente in Betracht ziehen. Ich bin der Meinung, daß die gegenwärtigen niedrigen Preise für Roggen und besonders für Hafer allerdings unter allen Umständen es rechtfertigen, wenn man von der Erhöhung um 2 1/2 Mill. abstieht. In der Budgetcommission werden wir das gründlich auf Grund von statistischem Material prüfen können. Im Uebrigen wird der Militäretat nicht zu vielen Ausstellungen Anlaß geben. Die ganze Commandozulage hat das Haus schon 1874 mit Rücksicht auf das Wohnungsgeldzuschlaggesetz abgelehnt. Sollten die Mißstände wirklich so schreiend sein, wie die Denkschrift sie schildert, so würde ich die jetzige Forderung der Regierung nicht ablehnen. Wir werden das erst prüfen; einstweilen halte ich die Uebelsünde nicht für so bedeutend, als sie geschildert werden. In Betreff der „Erhöhung der Umzugskosten“ wird uns mitgeteilt werden müssen, auf welcher Grundlage dieselbe stattfinden soll. Das Reichsbeamtengehaltgesetz für die Civilbeamten in dieser Beziehung eine falsche Verordnung vor. Ist diese ergangen? Welches sind deren Motive? Im Großen und Ganzen dürfen wir uns nicht wundern, daß die Militärausgaben steigen sind; aber so erschreckend ist die Steigerung doch nicht, wie sie der Abg. Richter dargestellt hat; sie sind hauptsächlich nur in Bezug auf die Contingente Sachen und Württemberg gewachsen, nicht aber für Preußen, wo die Grundlage der Organisation bereits vorhanden war. Hauptächlich liegt die Steigerung in der Geld- und Naturalverpflegung, die seit 1872 von 66 resp. 45 Mill. auf 80 resp. 69 1/2 Mill. M. gestiegen sind; ebenso ist der Bekleidungsset von 12 auf 18 Mill. M. gestiegen. Diese Steigerungen waren unvermeidlich. Wir haben trotzdem die Mehrforderung des Militäretats auf Genauigkeit zu prüfen. Aber Deutschland inmitten großer Militärraaten — in Frankreich ist erst vor einigen Tagen eine Erhöhung der Rekrutierungsziffer von 150 000 auf 170 000 Mann beantragt worden — kann nicht mit verschärften Armen ansetzen, es ist finanziell stark genug, die im Interesse der Wahrsamkeit notwendigen Leistungen zu machen. In Bezug auf die Indienststellung der Schiffe muß ich hervorheben, daß die Stärke derselben etwas Bedenkliches hat, wenn wir nicht die Vermehrung und Ausbildung der Mannschaften Hand in Hand geht. Es handelt sich hier nicht um die Wehrhaftigkeit der Nation nach außen, bei einer Abweisung auf diesem Etat würde dieselbe nicht leiden. Der Flottenentwicklungsplan wird nicht nur in Bezug auf die Indienststellung überschritten, sondern die Ausgaben für das Militärpersonal sind, während der Flottenentwicklungsplan sie auf 5 1/2 Mill. M. für dieses Jahr ansetzt, nur auf 4 1/2 Mill. M. veranschlagt. Wir haben also zu wenig Mannschaften; es eine solche Anspannung des Personals im Interesse der Marine liegt, werden die Sachverständigen am Besten wissen. Der gleiche Gesichtspunkt trifft für den Bau der Schiffe zu, der ohne Schaden etwas verlangsamt werden kann. Die Erhöhung im Spezialetat werden wir bewilligen; ob wir dies in Bezug auf den Bau auch thun, bezweifle ich. Kann denn die Verwaltung die im Extraordinarium mehrgeforderten 6 Mill. M. verwenden? Wenn der Abg. v. Malsbahn-Gült von seiner Warnung in Bezug auf die Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums gesprochen hat, so mußte dieselbe an die Regierung gerichtet werden, welche den neuen Modus aufgestellt hat. Der neue Grundsatz ist sehr rationell und man sollte von demselben nicht abweichen, zumal, wenn die Thatfachen nicht durchaus feststehende sind. Es ist möglich, daß Richter in Bezug auf die Rübensteuer einen Recht hat, mehrere Sachverständige stimmen mit ihm überein. Allein, wie kommt man dazu, beim Salz eine Million weniger anzusetzen? Das ist ganz unbegründet und muß ernstlich geprüft werden. Die Tabaksteuerentwürfe hat jedenfalls den Effect gehabt, daß die Einnahmen aus dem Tabakzoll ganz erheblich in die Höhe schnellen wird. Wir sind mit Correspondenzen beschäftigt worden, die uns die Ueberzeugung gab, daß ein starker Tabakankauf stattfinden wird. Das ist die Folge dieses Projectes. Das Jahr 1866, welches uns die gemeinschaftliche Besteuerung des Tabaks in Aussicht stellte, hatte eine Vermehrung der Tabakeinnahmen von 300 000 Ctr. zur Folge. 1872, als die Bundesregierung eine Tabaksteuerentwürfe machten, erhöhte sich die Einfuhr um 600 000 Ctr. Einen ähnlichen Effect, wenn auch sonst keinen (Heiterkeit), wird auch diesmal die Vorlage haben. Ich glaube, daß das Deficit von 29 500 000 M. sich erheblich vermindern lassen wird. Ohne eine Steuerreform, wie wir sie wünschen, werden wir aus unserer unerwünschten finanziellen Lage nicht herauskommen. Die deutschen Finanzverhältnisse sind in ihrem Fundamente gesund. Ich will die guten Aussichten auf den Invalidenfonds nicht noch einmal betonen, sondern nur hervorheben, daß derselbe den ganzen allgemeinen Pensionsfonds, oder wenigstens den größten Theil desselben tragen kann. Wenn wir im Uebrigen die directen und indirecten Abgaben unserer Nation in den einzelnen Ländern vergleichen, so werden wir zu unserer Verwunderung finden, daß dieselben unseren Wohlstandsverhältnissen adäquat sind. Eine andere Frage ist es, ob die Lasten richtig vertheilt sind. Auf diesen Grund der Dinge müssen wir kommen, eine mechanische Steuerreform kann uns nicht helfen. Bei jeder Steuerreform müssen wir die Einzelstaaten ins Auge fassen. Ich wünsche, daß wie in früheren Jahren die Budgetcommission und das Haus sich in dem Wunsche vereinigen, daß es bald gelingen möge, eine Steuerreform unserer deutschen Nation zu erwirken, welche ihren Bedürfnissen Rechnung trägt und im Stande ist, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung in jeder Beziehung zu wahren.

Abg. Schröder (Lippstadt): Der Etat fordert 22 Mill. zur Durchführung der Münzreform. Dies ist aber die erste Rate und es werden wohl noch reichlich 4 Raten nach folgen, da wir durch die reine Goldwährung bis jetzt schon viel mehr verloren haben, als jetzt gebort wird. Diesen Verlusten gegenüber habe ich mich stets in der Rolle der Kassandra befunden und immer betont, daß das glänzende und sinnverleibende Ideal der sogenannten reinen Goldwährung unser Silber entwerthen und so das Volk schädigen werde. Wir hätten die Goldwährung um so weniger einführen sollen, als wir von Staaten umgeben sind, welche die Doppelwährung haben. Selbst Amerika hat den Silberhalt wieder eingeführt, und wenn die „Nat.-Ztg.“ das Organ der Goldwährung, an diese Thatfache entwirft die Bemerkung knüpft, daß infolge dessen bei der eintretenden Entwerthung des Silbers, der Silberhaltende Amerikaner 7 1/2 Procent verlieren werde, so möge das Blatt doch bedenken, daß ich, ein Deutscher, der ich 1000 M. Silber besitze, fogar 25 Procent verlieren werde. Es ist gerade so, als ob vorgeschrieben werde, Brod nur aus Weizen backen. Der Weizen würde der Eisenbahnverwaltung an die Schenken derer, die ihn besitzen. Wir müssen auf diesem Wege Halt machen, wenigstens sollte die Budgetcommission die Sache ernstlich erwägen. Thun wir trotz der vorliegenden Thatfachen nichts, so wird

uns die spätere Generation Vbottier nennen. — Abg. Lucius: Die Steigerungen im Militäretat sind nicht sehr erheblich und zum Theil von Verhältnissen abhängig, die von der Verwaltung selbst nicht beeinflusst werden. Den bekämpften Durchschnittssatz betreffs der Naturalverpflegung halte ich für richtig. Den Ausstellungen gegen den Marineetat ist entgegen zu halten, daß sich die Marineverwaltung nur von der Majorität des Hauses bei ihren Dispositionen hat treiben lassen. Die Matrialarbeiträge sind nur ein Nothbehelf, um eine Bilanzierung im Reichsstatet herbeizuführen. Dies aber ist nur wieder eine Vertagung der endgültigen Regelung der finanziellen Verhältnisse des Reichs. Jetzt, wo die Ausgaben die Einnahmen bedeutend übersteigen, ist jedenfalls der Zeitpunkt da, wo man sich mit dieser Frage beschäftigen muß. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich die uns vorliegenden Steuerentwürfe und unsere ganze Finanzreform zu betrachten. Der Mangel der Bevölkerung kann es vollkommen gleichgültig sein, unter welcher Form sie Steuern bezahlt. (Widerspruch.) Jedenfalls ist es unsere Aufgabe, jetzt energisch an die Steuerreform zu gehen.

Geb. Rath Michaelis: Auf die Frage, ob die reine Goldwährung oder die Doppelwährung den Vorzug verdiene, will ich nicht eingehen; diese Frage ist für uns entschieden. Wenn der Vorredner aber behauptete, daß unsere Münzreform eine völlig zweifelhafte kostspielige Maßregel gewesen sei, so theilt das deutsche Volk diese Ansicht nicht. Seit dem Jahre 1875 geht die Ausschreibung des Silbers aus dem Verkehr mit einer solchen Behemung vor sich, daß die Verluste von Silber, die wir vorgenommen haben, keineswegs ganz freiwillige waren. Dieser Umstand beweist, daß die Münzreform einem lebhaften Bedürfnis des Volkes entspricht. Der Vorredner hat jedoch auf die enorme Höhe der Verluste hingewiesen, die uns aus dem Verkauf der Umlaufe einzuziehender Thalerstücke erwachsen werde. Dieser Behauptung will ich einige Zahlen entgegen stellen. Es waren an Einhalberfüllen im Ganzen ansgeprägt 395 1/2 Mill. Tblr., von denen beim Eintritt der Münzreform noch 367 1/2 Mill. Tblr. einzuziehen übrig waren. Nach den Erfahrungen, die wir bei den Zweihalberfüllen und bei den Zwei- und Guldenerfüllen gemacht haben, werden circa 21 Procent der Ausprägung bereits früher aus dem Verkehr gezogen sein. Das macht einen Betrag von 83 Mill., nach deren Abzug also beim Beginn der Münzreform noch 284 683 000 Tblr. circulirten. Hier von sind bis jetzt von Reichs wegen 144 126 000 Tblr. eingezogen, so daß im Ganzen noch 140 1/2 Mill. übrig sind. Dieser Betrag repräsentirt eine Silbermenge von 1 680 000 Pfd. Silber. Bisher sind vom Reich bereits 1 1/2 Mill. Pfd. verkauft, so daß also weit über die Hälfte des notwendigen Silberverkaufs bereits effectuirt ist. Der Vorredner hat ferner behauptet, der Silberwerth werde, nachdem die Reform durchgeführt sei, wieder rasch auf seine frühere Höhe emporsteigen; — ich wünsche das von ganzem Herzen, aber wenn das geschieht, so ist ja der Theil des Verlustes, der für uns durch die Preisentwerthung entsteht, mehr als zur Hälfte ausgeglichen. Die Zahlen, die der Wirklichkeit entsprechen, beweisen, daß die schwerste Arbeit der Münzreform bereits hinter uns liegt.

Abg. Bamberger: Der Abg. Schröder hat sich als Kassandra oder richtiger als Kassandrich hingestellt. Aber selbst in Anschnen dessen, was die Gegenwart bringt, ist er nicht sehr zuverlässig. Er will in dem Moment, wo selbst nach der Ansicht unserer Gegner unsere Münzreform unter Dach gebracht ist, verhandeln, daß dieselbe gescheitert sei. Sind seine Prophezeiungen ebensoviele werth, wie seine Ansichten über die Gegenwart, dann brauchen wir die neue Kassandra nicht zu fürchten. Selbst in Frankreich ist man jetzt über das Gelingen unserer Münzreform einig. Wir sind unser überschüssiges Silber vollständig los geworden und es handelt sich vielleicht nur um den Verlust von einigen Millionen, bis wir zu reinen Goldwährung übergeben. Ich stelle in Abrede, daß unsere Nachbarstaaten Doppelwährungen haben. Weder in den Staaten der lateinischen Münzconvention, noch in anderen Staaten Europas existirt diese; überall hat man unregelmäßige Münzansätze. Die lateinischen Staaten, welche mit der Doppelwährung soweit transigirt hatten, daß sie alljährlich die Maximalgrenze ihrer Silberausprägung feststellten, haben vor zwei Jahren auf ihrer Conferenz beschlossen, kein Silber mehr auszugeben. Nach eingehenden Debatten im französischen gesetzgebenden Körper hat man in diesem Jahre stillschweigend die beschlossene Maßregel prolongirt, ohne überhaupt eine Conferenz zu berufen. Holland wollte schon zweimal zur reinen Goldwährung übergehen, aber das Verhältniß zu seinen Colonien erschrak ihm dieses Vorhaben. Nur die Finnen, sagt der Abg. Schröder, seien in der reinen Goldwährung unsere Nachbarn. Vielleicht hat er momentan vergessen, daß die skandinavischen Staaten seit 3 Jahren die ausschließliche Goldwährung eingeführt haben; ich kann ihm also zu seinen Finnen jedenfalls noch eine beträchtliche Zagade machen. (Heiterkeit.) Sein Prinzip geht darauf hinaus, daß die Goldwährung zu viel Geld kostet. Wenn man das billigste Geld nehmen soll, dann könnte man ja auch Blei nehmen. Es ist aber wichtiger, daß man eine Währung hat, die allen Schwankungen entgegen ist. Ich will nicht, wie dies in einem Nachbarland so gern geschieht, sagen, andere Nationen beneiden uns um unsere Zustände, aber jedenfalls würden sich alle Staaten mit Vergnügen an unsere Stelle setzen und sich glücklich schätzen, zu einer so einfachen, gesunden Münzordnung gekommen zu sein. Daß dieselbe glückselig vollbracht ist, behaupte ich trotz der Prophezeiungen Schröders. Mögen alle Völker, die Silber zu kaufen haben, ihn für einen ausgezeichneten Propheten halten und dafür sorgen, daß das Silber im Preise steigt, daß wir unsern Budget außerordentlich angenehm sein; ich werde ihn, soviel ich kann, in seiner Autorität unterstützen. Im Uebrigen kann ich umso weniger annehmen, daß die Summe von 2 oder 3 Mill. den Schaden ausmachen wird, den wir auf die Münzreform zu zahlen haben. Ich möchte das Geschäft mit ihm machen, den Schaden für etwas weniger annehmen. Im Uebrigen kann ich ihn beruhigen, wenn er meint, daß die Silberbehalter auch heutzutage, trotzdem es ihnen als Gläubiger schädlich ist, auch als Schuldner Verluste erleiden. Er meint, die tausend Mill. Silber, die er jetzt besitze, seien nur 750 M. werth. Ich will ihm nicht zumuthen, sie mir zu bringen, weil er mich nicht belügen würde, wenn er sie aber der Bank oder der Reichskasse bringt, wird man ihm dafür ohne jeden Verlust 1000 M. Geld geben, und wenn nur keine guten Gedanken so gut pari sein werden wie sein Silber, so kann er und der Reichstag zufrieden sein.

Abg. Schröder bemerkt dem Bundescommissar gegenüber, daß er nicht allein auf die Einziehung der Einhalberfülle sondern auch auf die Sechshalberfülle hingewiesen habe, deren Einziehung erhebliche Verluste herbeiführen würde. Der Abg. Bamberger habe ihn insofern mißverstanden, als er selbstverständlich nicht an 1000 M. gekragten Silbergeldes, sondern an seinem Besitz von 1000 M. in silbernen Leuchtern und Wesseln 250 M. durch den Uebergang zur Goldwährung verloren habe.

Die Anträge der Abgg. Nieper und Lucius, die Etats der Post- und Telegraphenverwaltung, sowie der Eisenbahnverwaltung an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen, sowie der Antrag Richter auf Ueberweisung einzelner Theile des Etats an die Budgetcommission werden angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag.

Bei der ersten Berathung des Etats im Reichstage suchte der Präsident des Reichsfinanzamts die Anfänge des Entwurfes zu rethorikern, nach welchen bekanntlich eine Erhöhung der Matricularbeiträge gegen das laufende Jahr um 28 Millionen Mark eintreten müßte, falls nicht durch die Einführung neuer Steuern anderweitig Deduction geschafft würde. Was die nun folgende Debatte anlangt, so zeigt schon die bloße Thatsache, daß sie in einer halben Sitzung zu Ende geführt ward, wie wenig es sich in derselben um große Prinzipienfragen gehandelt hat. Diese werden vielmehr erst bei der Berathung der Steuervorlagen in ihrer ganzen Ausdehnung und Schärfe zur Discussion gelangen. Vorgefunden drehte sich Alles hauptsächlich darum, ob das sog. Deficit von 28 Mill. wirklich unvermeidlich sei. Es waren besonders die Abgg. Richter und Richter, welche die Verneinung dieser Frage ausführlich begründeten. Die Regierung thut, als beruhe die Steigerung der Ausgaben, welche durch die weitere Ausgestaltung der Reichsverwaltung, durch Preiserhöhungen u. s. w. herbeigeführt ist, und ebenso die Einnahmeverminderung im Zollwesen auf dauernden Ursachen. Die Zurechtweisung dieses Standpunktes wurde schlagend nachgewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß bei genauerer Erwägung das fragliche Deficit ganz schwinden würde. Von conservativer Seite wurde diese Argumentation kaum ernstlich bekämpft. Der ultramontane Abg. Schröder-Lippstadt eiferte in einer heftigen Philippika, erhielt aber vom Reichspräsidenten wie vom Abg. Hamburger die entsprechende Abfertigung. Schließlich wurden die gestellten Anträge angenommen, nach welchen der Etat nur zum Theil in der Commission berathen wird.

Seitens des Reichsfinanzamts ist dem Bundesrathe ein gegen die Verfallsung der Nahrungsmittel gerichteter Gesetzentwurf zugegangen, der sehr einschneidende Strafbestimmungen enthält, die sich in den schwersten Fällen bis zu lebenslänglicher Zuchthaus steigern. Wir bringen den für viele Berufskreise äußerst wichtigen Entwurf in ausführlicher Auszage, die wichtigsten Stellen im Wortlaute in nächster Nummer.

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ist man gespannt auf die Antwort, welche morgen Fürst Bismarck auf die Interpellation über die orientalische Frage ertheilen wird. Das außerordentliche Interesse für diese Sitzung zeigt sich in dem Andrang zu den Tribünen. Im Bureau des Reichstages sind über 5000 Anmeldungen erfolgt, darunter von Personen aus den höchsten Kreisen der Gesellschaft. Selbst die für die Abgeordneten reservirte Tribüne kann diesmal den zahlreichen Anforderungen derselben nicht genügen. Das Bureau sieht sich deshalb veranlaßt, die Sitznummern zu lassen und die betreffenden Anzahl Biletts unter die Fraktionen zu vertheilen. Einen Anhalt für die in den maßgebenden Kreisen Berlins herrschende Auffassung giebt vielleicht folgende offiziöse Auslassung: „Es ist nicht zu verkennen, daß die Besorgnisse in England und in Oesterreich über ein dort nicht vorausgesehenes Hinausgreifen Russlands über seine im vorigen Sommer, wenn auch nicht in bestimmter Form, gegebenen Versicherungen neuerdings im Wachsen sind. Der einmüthige Appell der russischen Presse an den deutschen Reichstanzler, den ersten Kanonenschuß zu verheizen, der das Signal zum Kriege sein würde, muß als die Bereitwilligkeit (?) Russlands gedeutet werden, den freundschaftlichen Vorstellungen Deutschlands, von welchem es während der letzten Krise so große Beweise der Freundschaft erhalten hat, Gehör zu geben. Auf diesem Wege dürfte es wohl möglich sein, eine baldige Klärung der Situation im Sinne des Friedens herbeizuführen.“

Im Allgemeinen hat sich die Lage etwas gebessert; zwar ist noch keine Lösung gefunden, aber die Schwierigkeiten sind aus dem acuten in den chronischen Zustand zurückgetreten. Rußland wollte bekanntlich in Konstantinopel für den Fall einrücken, daß die englische Flotte im Bosporus Anker würde. Um Jenes zu verhindern, führen die englischen Schiffe nicht in den Bosporus ein, sondern bleiben zwei bis drei Meilen vor der Stadt bei den Prinzeninseln. Infolge dessen haben die Russen schon eine Reboute in der (nach den Waffenstillstandsbedingungen) neutrale Zone befestigt. Sie wollten noch weiter vorgehen, wenn die englische Flotte nicht zurückkehrte, und mit schwerem Herzen hat man in London darin gewilligt, die Flotte bis in die Bay von Mudania zurückzuziehen. Diese Bucht liegt südlich von dem Golf von Nicomeden und erstreckt sich in einer Länge von 5, in einer Breite von 1½ bis 2 Meilen nach Osten gegen Nicäa (Smyr) hin. Ihr Eingang ist etwa 8 Meilen von Konstantinopel entfernt. In Folge dieses englischen Rückzuges hat man im russischen Hauptquartier vorläufig davon abgesehen, Konstantinopel zu besetzen, nach der „Agence Russe“ ist auch von Petersburg aus nach dem Hauptquartier der Befehl abgegangen, daß Gallsipoli nicht von den russischen Truppen besetzt werden soll.

Dieser Rückzug ist eine neue Niederlage Englands. Der Vorwand Englands, der es nach Konstantinopel führen sollte, war eben nur ein Vorwand. Bis jetzt waren englische Unterthanen und deren Eigenthum in der Hauptstadt nicht bedroht. Man wollte vielmehr den Sultan aus den Umarmungen der Russen befreien, Lazarus Worten Nachdruck geben. Um dies zu verhindern, drohte Rußland mit der Besetzung Konstantinopels, und es hat davon Abstand genommen, weil es seinen Zweck ohne sie erreichte und Englands Absicht verhindert.

Aus Petersburg wird der „Pol. Corr.“ telegraphisch gemeldet, daß der Zeitpunkt des Zusammentritts des Congresses noch nicht zu fixiren sei, da die erforderlichen Vorbereitungen mit den in Adrianopel zu eröffnenden Friedensverhandlungen zusammenhängen und wohl zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen. Bei den sich täglich inniger gestaltenden Beziehungen zwischen der Pforte und Rußland, welche in einem sehr lebhaften, freundschaftlichen, persönlichen Depechenwechsel zwischen dem Sultan und dem Kaiser Alexander ihren

Ausdruck finden, sei es zu hoffen, daß das endgültige Friedensinstrument zwischen Rußland und der Türkei bis zum Zusammenritte des Congresses unterzeichnet sein werde. — Der alte, nicht russenfreundliche Namyl Pascha, der nach Adrianopel zu den Verhandlungen gehen sollte, ist zurückberufen worden.

Die heutige offiziöse Wiener „Montagsrevue“ meint, alle Mächte haben dem Congress zugestimmt, Rußland weiche darin ab, daß es seinen Beitritt erst prinzipiell in Aussicht gestellt habe. Desterreich bespreite den Congress mit dem festen Entschlusse, alle seine Interessen zu wahren und dem allgemeinen Friedensinteresse volle Rechnung zu tragen.

In Rom beginnt morgen das Conclave. Im Gegenfuge zu anderen Meldungen läßt sich die „Nat. Ztg.“ von dort unterm 16. telegraphiren: „Die herrschenden Gerüchte über die Persönlichkeit des Cardinals Colleoni sind ein diplomatisches Manöver. Die offiziellen Instructionen sind allerdings gemäßigter, aber die persönliche Haltung der Gesandten des Vaticans ist grundverschieden; die Intriguen sind lebhafter als jemals. Außer Stände, Italien zu einer provocirenden Haltung hinzureißen, wollen die intransigenten Cardinale und Diplomaten einen Conflict durch die Stellung des Papstes unter den Schutz der katholischen Mächte hervorrufen, was Italien niemals zugeben kann. Die Lage ist deshalb gefährlich; die Gerüchte betreffend die Entscheidung über das Vetorecht sind unrichtig; das Veto ist nicht zurückgewiesen, sondern wirkungslos gemacht.“ Auf welche Weise dies Letztere geschehen ist, geht aus einem Telegramm der „Pol. Corr.“ von demselben Tage hervor. Darnach hat der Camerlengo, Cardinal Pecci, ohne in eine Discussion des Veto-Rechtes einzugehen, den Botschaftern und Gesandten der katholischen Mächte zu verstehen gegeben, daß es vermieden werden wird, einen ihren betreffenden Regierungen nicht genehmen Papst zu wählen. Die Botschafter haben von dieser Erklärung Act genommen.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Febr. Der Bundesrath wird morgen Mittag eine Plenarsitzung halten, in welcher unter Anderem eine Denkschrift über die Verhandlungen wegen des Abchlusses eines Handels- und Zollvertrages mit Oesterreich-Ungarn vorgelegt werden wird. Der Bundesrath wird in Folge dessen demnächst in Verhandlungen über diese Frage eintreten, die dann an den Reichstag gelangen wird. — Heute Nachmittag 1 Uhr treten die Ausschüsse des Bundesraths für Justizwesen und die Verfassung zur Fortsetzung der Berathung über die Stellvertretungsvorlage zusammen. Der Abschluß der Vorberathungen ist unmittelbar zu erwarten. — Die Commission für Reform der Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande hat ihre Arbeiten vollendet, nachdem die vornommenen Sachverständigen sich mehrfach mit den aufgestellten Vorschlägen im Prinzip einverstanden erklärt hatten.

— Die Einnahmen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern haben im Reich für die Zeit vom 1. April 1877 bis zum Schlusse des Monats Januar 1877 (verglichen mit der Einnahme in demselben Zeitraum des Vorjahres 1876/77) betragen: Rölle 92 826 078 Mk. (— 10 218 516 Mk.), Kübensteuer 45 920 922 Mk. (+ 9 327 900 Mk.), Salzsteuer 30 564 802 Mk. (+ 1 827 921 Mk.), Tabaksteuer 1 014 393 Mk. (— 75 213 Mk.), Branntweinsteuer 29 545 220 Mk. (— 1 705 639 Mk.), Uebergangsabgaben von Branntwein 90 975 Mk. (— 13 926 Mk.), Brausteuer 14 316 776 Mk. (— 383 512 Mk.), Uebergangsabgaben von Bier 765 726 Mk. (+ 18 698 Mk.); Summa 214 874 774 Mk. (— 1 222 287 Mk.).

Frankreich.

Versailles, 16. Febr. Sitzung des Senates. Von Seiten der Regierung wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Generalräthe mit Rücksicht auf die Weltausstellung schon zum 8. April einberufen werden sollen. Die Versammlung beschloß die Dringlichkeit für die Vorlage. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Wahl eines ständigen Senators vorgenommen. Dieselbe führte zu keinem Resultat. Carayon von der Rechten erhielt 135 Stimmen und Lefranc von der Linken 133 Stimmen. Am Dienstag findet eine abermalige Wahl statt.

Spanien.

Madrid, 15. Febr. Die Cortes sind heute von dem König in Gegenwart der Königin mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben erklärt der König, er setze mit Genugthuung, daß sein Volk und die auswärtigen Mächte die Wahl seiner Gemahlin gutgeheißen hätten. Er und die Königin würden ihre Kräfte dem Glücke Spaniens weihen. Der König spricht alsdann allen Souveränen und Staats-Oberhäuptern seinen Dank aus für die anlässlich seiner Hochzeit der Nation und ihm bewiesenen Sympathien. Die Thronrede erwähnt sodann den Tod Pius IX. und spricht die Hoffnung aus, daß das Conclave eine Wahl treffen möge, welche die Eintracht zwischen Staat und Kirche sichere. Der König erklärt, er wünsche die freundschaftlichen Beziehungen mit den auswärtigen Mächten aufrecht zu erhalten und glaube, daß der Aufstand auf Cuba, Dank den Opfern, welche die Nation gebracht, demnächst unterdrückt sein werde.

— 16. Febr. Die Deputirtenkammer hat Ayala zu ihrem Präsidenten gewählt.

Italien.

Rom, 15. Februar. Heute nach den Feierlichkeiten in der Sixtinischen Capelle begaben sich die Cardinale in den Consistorialsaal, wo der erste Empfang des diplomatischen Corps stattfand. Zuerst wurde der Botschafter Oesterreich-Ungarns empfangen, hierauf der Spaniens; sodann wurden die Gesandten Baierns, Belgiens, Brasiliens, Costaricas und Bolivias empfangen, welche im Namen ihrer Herrscher und Regierungen ihr Beileid ausdrückten. Cardinal Pietro dankte für die Rundgebungen der Souveräne und Regierungen. Morgen findet die zweite Feier in der Sixtinischen Capelle statt und sodann Empfang des übrigen diplomatischen Corps. Der „Osservatore Romano“ zollt der Behörde Lob für die getroffenen Sicherheitsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Basilika. Aus Italien und aus dem Aus-

lande ist eine große Anzahl von Prälaten und Bisköpfen hier eingetroffen. — Zu den in mehreren italienischen Städten für Pius IX. veranstalteten Trauerfeierlichkeiten hatten die kirchlichen Behörden Einladungen an die Civil- und Militärbehörden ergehen lassen, letztere haben in Folge dessen auch an den Trauerfeierlichkeiten theilgenommen.

— 16. Februar. Heute wurde für den verstorbenen König Victor Emanuel das feierliche Requiem in der Pantheonkirche abgehalten. Die Minister, sowie die Hof- und Staatswürdenträger, die Botschafter und Gesandten mit ihrem Personal wohnten demselben bei, die Truppen hatten in der Nähe der Kirche Aufstellung genommen, die Börse und die Kaufhäuser waren geschlossen. — Die Einfuhr von Rindvieh aus den russischen Häfen des Schwarzen Meeres, des Asowschen Meeres, sowie aus den Häfen in der Moldau und Walachei ist verboten.

— 17. Februar. Am nächsten Montag halten die Cardinale die letzte Sitzung als Congregation ab und ziehen sich sodann in die für sie bestimmten Räumlichkeiten zurück. Am Dienstag früh beginnen die Arbeiten des Conclave. Die Mehrzahl der Cardinale soll darin übereinstimmen, die Entscheidung so zu beschleunigen, daß die Wahl des Papstes binnen 5 oder 6 Tagen vollzogen sein dürfte. — Der Camerlengo theilte gestern den Verwandten des verstorbenen Papstes das Testament desselben mit, dessen Inhalt bereits gemeldet ist. — Die „Italia“ bezeichnet die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Minister über die Reformen, besonders über die Reform des Wahlgesetzes uneinig wären und daß der Minister des Innern die Ernennung von 100 Senatoren beabsichtige, als unbegründet.

England.

London, 17. Febr. Das Dampfschiff „Kaleigh“, welches am 13. d. unweit Tenedos auf den Grund gerathen war, ist, nach der Regierung zugegangenen Nachrichten, wieder flott gemacht worden, ohne Schaden gelitten zu haben.

Danzig, 18. Februar.

* Ein unmittelbar vor Schluß der Redaction eingetroffenes Telegramm bringt uns die Trauerkunde von dem Hinscheiden eines unserer ältesten und treuesten Mitarbeiter. Heute Vormittags 8 Uhr verstarb zu Elbing nach längerer Krankheit, hochbetagt, der pensionirte Oberlehrer Dr. H. Büttner. Weit über seine Heimatstadt hinaus wird der Verlust dieses wissenschaftlichen, mit seltener Ausdauer und Hingebung für die freirechtliche Entwicklung unseres Volkslebens kämpfenden Mannes herb empfunden werden. Unserer Zeitung war er seit ihrem Bestehen ein treuer Freund, ihr diente seine Feder, bis sie der lebensmühen Hand entsank. Das Andenken des verdienstvollen Mannes wird bei uns wie bei Tausenden seiner Arbeits- und Kampfgenossen dauernd in Ehren bleiben.

* Der vom Magistrat vor Kurzem der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitete Etat der Gas-Anstalt pro 1878/79 weist abermals einen recht günstigen Abschluß auf. Nach dem Magistratsentwurf sind auf Grund der lektjährigen Erhebungen die Einnahmen auf 341 500 Mark, die Ausgaben auf 251 300 Mark veranschlagt, wonach sich ein Ueberschuß von 90 200 Mk. ergeben würde. In den Ausgaben sind die auf 63 500 Mk. veranschlagten Kosten der öffentlichen Straßenbeleuchtung schon enthalten, so daß sich in Wirklichkeit der Ueberschuß auf ca. 153 000 Mk. beläuft. Da aber inzwischen der Kohlen-Einlaß für das künftige Jahr noch billiger, als im Etats-Entwurf vorgeesehen, bewirkt werden konnte, wird sich der Ueberschuß wahrscheinlich auf 163 000 Mk. belaufen.

* Die in Neufahrwasser stationirten königlichen Beamten haben sich dieser Tage (durch Vermittelung des Abg. Richter) abermals mit einer Petition an den Reichstag gewendet, in welcher sie dahin zu wirken bitten, daß den Beamten in Neufahrwasser der Danziger Wohnungsgeld-Zuschuß gezahlt werde. Ferner hat eine Anzahl Bewohner vor Stadtgebiet durch den Abg. Richter dem Reichstage eine Petition überreichen lassen, in welcher um Erleichterungen in der Handhabung der Mayongesehe gebeten wird.

* Traject über die Weichsel. Czerninski-Marienwerder: bei Tag per Kahn, bei Nacht unterbrochen; Warlubien-Graubenz: zu Fuß und per Kahn über die Eisbede nur bei Tage, bei Nacht unterbrochen; Tereopol-Rulm: per Kahn bei Tag und Nacht.

* Die Stats-Revisions-Commission der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung wird morgen Nachmittags ihre Thätigkeit in der Prüfung und Vorberathung der städtischen Stats für das Geschäftsjahr 1878/79 beginnen. Für die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung sind diese Berathungen bekanntlich öffentlich.

* Nach dem Ergebnis der heute stattgehabten Monats-Revision im hiesigen städtischen Leihamt hat sich daselbst der Pfänderbestand von 22 289 Stück mit 233 937 A Pfandsumme am 1. Januar auf 23 834 Stück mit 236 456 A Pfandsumme am 15. Februar gesteigert.

* Gestern und heute Mittags von 12 bis 1 Uhr fand hier in sämtlichen katholischen Kirchen ein einmündiges Todtengeläute mit allen Glocken für den verstorbenen Papsi statt, das zufolge bischöflicher Anordnung morgen noch wiederholt wird.

* Wie hierher telegraphisch mitgetheilt worden, sind in den letzten Tagen in den Kreisen Strassburg (Westpreußen) und Orléans Personen ergriffen worden, in welchen man gleichzeitig den Raubmörder Nagel erkannt haben will. Es scheint jedoch, als ob man in beiden Fällen auf falscher Fährte sich befindet.

** [Polizeibericht vom 17. und 18. Februar.] Verhaftet: Der Arbeiter J. wegen Sachbeschädigung; der Arbeiter G. wegen Widerstandes gegen einen Beamten im Dienst; der Arbeiter M. und die unverheiratete M. wegen Diebstahls; die Schornsteinfeger K., J. M. und V. wegen Einsteigens; 24 Obedachole, 1 Betrunkener, 1 Bettler, 1 Person wegen nächtlicher Ruhestörung. — Strafanstalt ist gestellt: gegen den Hofscheiter K. wegen Betruges, verurtheilt durch Verkauf zu leichter Butter in Stücken; gegen den Sergeant R. wegen Mißhandlung; gegen die Frau S. wegen Verleumdung eines Beamten. — Als verdächtig angehalten ein Haushälter mit zerfleimtem Fichtenholz.

* Die von der Stadtverordneten-Versammlung zu Elbing getroffene Wahl des besoldeten Stadtraths und Syndikus Elbitt zum unbesoldeten Beigeordneten und zweiten Bürgermeisters auf sechs Jahre ist durch tgl. Kabinetts-Orbre bestätigt (Dr. Elbitt ist am Freitag auch bereits in dieses Amt eingeführt) und dem Kataster-Controllenr, Steuer-Inspector Lehmann zu Elbing der nachgelagte Rücktritt in den Ruhestand vom 1. März ab gewährt worden.

* Von den beiden am Sonnabend gezogenen Lotteriegewinnen zu 30 000 A ist der eine auf 29 804 in die Collecte von A. Schlimm zu Königsberg gefallen.

Briefkasten der Redaction.

Hrn. E. . . . hier: Auch Ihre neueste „Zuschrift“ bringt theils nur Gesichtspunkte, die in unserer Zeitung bereits mehrfach eingehend besprochen sind, theils beharrt sie auf denjenigen Standpunkte, den wir früher Ihnen bereits als völlig ansichtslos bezeichnet und den in redactionellen Theil zu vertreten wir uns nicht entschließen können, weil wir nicht ohne irgend welchen ersichtlichen Nutzen in dem jetzigen Stadium die hochwichtige Sache noch mehr verwirren wollen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Konstantinopel, 17. Febr. Die englische Flotte, welche die Prinzeninseln verlassen hat, ist heute in Genui (Bucht von Liman im Ma mara-Meer) eingetroffen. Die Russen haben in Folge eines erzielten Einvernehmens die neutrale Zone nicht überschritten.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 16. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine still. — Roggen loco ruhig, auf Termine behauptet. — Weizen April-Mai 212½ Br., 211¼ Gd., Mai-Juni 200 Kilo 214 Br., 213 Gd. — Roggen April-Mai 151¼ Br., 150¼ Gd., Mai-Juni 100 Kilo 151¼ Br., 150¼ Gd. — Hafer still. — Gerste flau. — Rübsöl still, loco 78¼, Mai 78¼, Juni 77¼. — Spiritus fest, April 41¼, Mai-Juni 41¼, April-Mai 42¼, Mai-Juni 41¼. — Raffee ruhig, Umsatz 1500 Ead. — Petroleum ruhig, Standard white loco 10,80 Br., 10,60 Gd., Mai 10,60 Gd., Juni 10,60 Gd., August-Dezbr. 12,20 Gd. — Wetter: Trübe.

Danziger Börse.

Amliche Notierungen am 18. Februar. Weizen loco fester, 7½ Tonne von 2000 A feingelagert u. w. 180-184 240-260 A Br., hochbunt 128-131 230-245 A Br., hellbunt 127-130 225-240 A Br., bunt 125-128 215-225 A Br., 165-240 roth 120-124 200-225 A Br., a bes. ordinat 105-130 170-200 A Br., russisch roth 123-130 — A Br., russisch ordinat 115-125 — A Br. Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 215 A. Auf Lieferung 126 1/2 bunt April-Mai 213 A Br., 215 A Gd., Mai-Juni 217 A Gd., Juni-Juli 222 A Br., 219 A Gd. Roggen loco fest, 7½ Tonne von 2000 A. Inländischer und unterpölnischer 129-133 A, russ. 128-130 A. Regulirungspreis 130 1/2 lieferbar 130 A. Auf Lieferung April-Mai unterpölnischer 138 A Br., Mai-Juni unterpöln. 142 A Br. Gerste loco 7½ Tonne von 2000 A große 108/98 161-163 A, russische 101/63 125-135 A, russ. Futter 118-120 A. Gersten loco 7½ Tonne von 2000 A Mittel 130 A. Kleefaat loco 7½ Tonne von 2000 A weiß 125 A, roth 110 A. Spiritus loco 10,000 A Liter 50 A bes., 7½ Februar 50 A bes. Wechsel- und Fonds-course. London, 8 Tage 20,37 Gd. Paris, 8 Tage, 81,10 Br. 4¼ 1/2 Bours. Zorn. Staats-Anleihe 104,70 Br. 3¼ 1/2 Bours. Staats-Schuldenscheine 92,5 Gd. 3¼ 1/2 Bours. Handelsbrieft., ritterstsch. 83,90 Gd. 4¼ 1/2 do. do. 95,70 Gd. 4¼ 1/2 do. do. 101,80 Br. 4¼ 1/2 do. do. II Serie 101,45 gem. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig den 18. Februar 1878. Getreide-Börse. Wetter: schön und milde. Wind: W.

Weizen loco reichlicher zugeführt fand am hentigen Markte auch recht rege Kauflust, und sind in fester Stimmung volle Sonnabendpreise bezahlt worden. Noch am Sonnabend sind 180 Td. oberpölnischer Weizen hell aber schmal 118/98 zu 215 A gekauft worden und ist heute bezahlt für Sommer 13 1/2 1/2. 196 A, blaupig 127/88 hell 200, roth 124 1/2 20 1/2, bunt und hellfarbig 116-124 1/2 193-220 A, glatt 124-128 1/2 228 A, hellbunt 121-128 1/2 220 bis 230 A, hochbunt glatt 128 bis 130 1/2 230-238, weiß 125/68 239, 240 A. 7½ Tonne. Auch von russischem Weizen ist die Zufuhr heute etwas reichlicher gewesen, und fand dieselbe ebenfalls rege Kauflust zu vollen Preisen. Bezahlt wurde für ordinär 109 1/2 165 A, Ghirka unter und weniger befest 115-126 1/2 178-186, roth Winter 119, 121 1/2 192, 198 A, Ghirka 127-132 1/2 190-198 A, roth Winter fein 127 1/2 208 A, roth milde 119-127 1/2 198-215, glatt 124, 126 1/2 210 A, hell frank 115/68 2 1/4 A, bunt 126 1/2 222 A, Sendomirca glatt 119 1/2 202 A, weiß 123 1/2 230 A, besserer 126/78 238, 240 A. 7½ Tonne. Termine fast ohne Angebot. April-Mai 218 A Br., 215 A Gd., Mai-Juni 217 A Gd., Juni-Juli 222 A Br., 219 A Gd. Regulirungspreis 215 A. Roggen loco fest, inländischer und unterpölnischer 116 1/2 124 A, 121 1/2 133 A, 122 1/2 134 A, 123 1/2 136 A, 125 1/2 138 A, russischer 112 1/2 120 A, 116 1/2 124 A, 116 1/2 126 1/2 A. 7½ Tonne nach Qualität bezahlt Termine ohne Kauflust, unterpölnischer April-Mai 138 A Br., Mai-Juni 142 A Br. Regulirungspreis 130 A. — Gerste loco große 108/98 161, 163 A, bessere 110 bis 112 1/2 167 1/2 168 A, russische Bran 10 1/2 135 A, etwas befest 102 bis 106 1/2 125 bis 128 A, Futter 94 bis 10 1/2 118 bis 120 A. 7½ Tonne bezahlt. — Erbsen loco Mittel zu 130 A. 7½ Tonne gekauft. — Kleefaat loco rothe 95 bis 110, weiße 125 A. 100 Kilo. — Spiritus loco 50 A, Februar-Lieferung 50 A bezahlt.

Neufahrwasser 16. Februar. Wind: W.

Gefegelt: Urne (SD.) Bay, Hüll, Getreide. — Zumannel, Fabricius, Boole, Getreide.

17. Februar. Wind WNW. Angekommen: Abalon (SD.), Lerche, Antwerpen, leer.

18. Februar. Wind W. Nicht in Sicht.

Thorn, 16. Februar. Wasserstand: 4 Fuß 8 Z. Wind: S. Wetter: regnet, Thauwetter. Der Eisstand bis zur Eisbrücke ist unverändert, unterhalb der Brücke ist die Weichsel fast ganz eisfrei.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Wind	Barometer Stand in Danz.	Thermometer im Freien.	Wind nach Wetter.
17	12	339,28	+ 4,2	W., leicht, bedeckt, trübe.
18	8	338,98	4,0	Windstille do. do.
19	12	338,71	5,5	W., leicht, hell und wolfg.

F. E. Gossing, Sopn- und Port
chaiseng. Gde 14.
Verantwortlicher Redacteur **H. Käsner**
Druck und Verlag von **H. B. Käsner**
in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Das Barometer ist im nordwestlichen Europa gefallen, sonst größtentheils gestiegen, stark am finnischen Meerbusen, wo starker Frost eingetreten. Im übrigen Europa dauert das milde, vorwiegend trübe und feuchte Wetter bei leichten bis frischen südwestlichen und westlichen Winden fort, nur in Südrind und auf den Hebriden wehen stürmische südliche Winde.

Deutsche Seewarte.

Bekanntmachung.

Die Verfertigung und Maurerarbeiten zum Bau des Docks, und zwar: das Verlegen von ca. 1500 Kubikmeter Werksteinen und Platten und Ausführung von: ca. 1800 Kubikmeter Mauerwerk in Cement und ca. 2800 Kubikmeter Mauerwerk in Trassmörtel, soll in Submission vergeben werden. Lieferungsanforderungen sind versiegelt mit der Aufschrift „Submission auf Lieferung von Maurerarbeiten“ bis zu dem am 5. März c. Mittags 12 U. im Bureau der unterzeichneten Behörde anzureichen. Die Bedingungen liegen im Bau-Bureau zur Einsicht aus und können auch gegen vorherige Einzahlung von 3 M. abschreiblich mitgeteilt werden. Danzig, den 15. Februar 1878.

Kaiserliche Verft.

Beschluß.

Der Concurs über den Nachlaß des Rentiers Johann Ludwig Meyer ist durch Vertheilung der Masse beendet. Graudenz, den 12. Februar 1878.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung. (5274)

Bekanntmachung.

Zu dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Fodor Seichter in Firma Hermann Schulz zu Thorn hat der Domainenpächter Gustav Arnoldt zu Budapen nachträglich eine Forderung von 90 M. 35 Pf. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 1. März c. Vorm. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Sitzungssaal anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden. Thorn, den 31. Januar 1878.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Kommissar des Concurses. (4835) Plehn.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 14. d. Mts. ist am 15. d. Mts. die in Thorn errichtete Handelsniederlassung des Kaufmanns Julius Gembicki ebenfalls unter der Firma Julius Gembicki in das diesseitige Firmen-Register unter No. 532 eingetragen. Thorn, den 15. Februar 1878.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung. (5276)

Die Ausführung der Arbeiten zur Herstellung der Empfangsgebäude, Güterschuppen, Stall- und Reitbahn-Gebäude am Bahnhof Meino und Haltestelle Fürstenaue soll im Ganzen oder nach den einzelnen Theilen des Auftrages getheilt incl. Lieferung der Materialien, mit Ausschluß der Maurerarbeiten im Wege öffentlicher Submission vergeben werden. Termin am Donnerstag, 28. Febr. cr., Vormittags 11 Uhr. Bedingungen, Kostenanschläge und Zeichnungen liegen im Bau-Bureau, Schützenstraße 10 zur Einsicht aus, von wo auch Submissionsformulare gegen Erstattung der Copialien bezogen werden können. Graudenz, 14. Februar 1878. (5262) Der Eisenbahn-Baumeister Räger.

Bordeaux—Danzig.

Mitte April wird ein Dampfer der Forenade Dampfschiff Selskab von Bordeaux nach Danzig expedirt werden. Fracht für Partien von mindestens fünf Tonneaus oder 20 Ochoft auf einem Connoissement M. 24 n. 15 % per Tonneau. F. W. Hyllestedt, Bordeaux, Storrer & Scott, Danzig.

Technicum Mittweida.

(Sachsen.) — Höhere Fachschule für Maschinen-Ingenieure und Werkmeister. Vorunterricht frei. Aufnahmen: Mitte April u. October. (3066)

Schon über 20 Jahre!

ist der G. A. W. Mayer'sche weisse Brust-Schmerz das bewährteste und beste Haus- und Genußmittel bei allen Husten, Brustschmerzen, Heiserkeit, Verschleimung und jedem Lungenleiden, sowie Schwindel, Kopfschmerzen und dem Blutspieen.

Lager bei Albert Neumann, Langenmarkt 3, Gustav Braun in Dirschau, Gd. Wiens, Tienhof.

Hoflieferanten und Apotheker

Gebrüder Gehrig's

Bahnhaltsbänder.

Ihre electromotorischen Bahnhaltsbänder a 1 M. haben meinen beiden älteren Kindern stets sehr wohl gethan und das Bahnen leicht befördert. Schröder, Lazareth-Inspektor, Garnison-Lazareth Erfurt. Fabrik: Berlin, Besselftr. 16, (früher Charlottenstr. 14.) In Danzig hat zu haben bei Albert Neumann, Langenmarkt Nr. 3. (7125)

Für 1 1/2 Thlr. zusammen

3 Paar gestricke baumw. Socken f. Herren, 1 engl. Zwirn-Schulze, 1 Stk. halbleb. Cachenez schwarzweiß, 3 leinene Taschentücher, 1 halbwoll. dunkle Unterjacke, verbindet gegen Postnachnahme die Strumpf-Fabrik, Berlin N., Grünstraße 10.

Eine Erzieherin.

musikalisch, in Sprachen und Wissenschaften unterrichtend, mit mehrjähriger Erfahrung, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen sogleich oder 1. April Stellung. Adressen erbeten unter D. D. Schönberg Nr. Carthaus, postlagernd. (4444)

Homöopathische Central-Apotheke, Breitgasse 15.

Mein diesjähriges Verzeichniß über Blumen, Gemüse u. landwirthschaftl. Samereien, Pflanzen etc.

liegt zur gefälligen Abnahme bereit in der Blumenhalle, Danzig, Reithaus 13 und in meiner Gärtnerei, Langestraße 17. (5245)

M. Raymann.

Avis!

Hiermit zeige ich ergebenst an, dass nachdem ich meine Fabrik bedeutend vergrößert und nach den neuesten Systemen eingerichtet,

Herrn Robert Kloth in Danzig eine Niederlage und den Verkauf meiner Glas-Fabrikate übertragen habe. Derselbe wird sämtliche Artikel zu Fabrikpreisen abgeben, und bitte ich bei Bedarf um geneigten Zuspruch. Hochachtungsvoll

H. Piper,

Schönwalde bei Wobesee i. Pomm.

Bezugnehmend auf obige Anzeige, bitte ich um gütige Aufträge, und empfehle ganz besonders Tafelglas, alle Sorten Flaschen und Medicingläser. Prompte und gute Bedienung zugesichert, zeichne

Danzig, im Februar 1878.

Hochachtungsvoll

Rob. Kloth,

5316) Brodbänkengasse 4.

Vanille

wieder in guter Qualität angekommen und offerire selbige billigst. (7126)

Albert Neumann.

Für Geschäftsleute! Meine in Marienwerder belegenen Grundstücke:

1. Ein in bester Geschäftsgegend belegenes Wohnhaus, zu jedem Geschäft sich eignend, in welchem seit vielen Jahren e. Material-Baaren- u. Destillations-Geschäft mit bedeutendem Umsatz betrieben worden ist, 2. Ein dahinter belegener Speicher, 3. Ein in einer Nebenstraße bel. Wohnhaus m. f. Miethe, biete ich zusammen oder einzeln unter sehr günstigen Bedingungen zum Verkauf an. (4834)

Wwe. Auguste Bahlau,

Marienwerder.

Ein gut erhaltener eiserner Bagger zu Dampftrieb, 80 Fuß lang, 20 Fuß breit, steht billig zum Verkauf in Neuschönsee pr. Schönsee W./Pr. (5342)



Ein von meinen Grundstücken: In Schönau, 1/4 Meile von Marienburg (Werber), ca. 2 Hufen culm. Land, Wohnhaus und Stall, massiv unter Pappdach, Scheune von Holz unter Pappdach, sämmtl. Gebäude fast neu.

Oder in Pöhlitz (Poststation) 1/4 Meilen von Bahnhof Altfelde, ca. 2 Hufen 20 Morg. culm. Land, davon 15 Morgen Wiesen, Wirthschaftsgebäude in gutem Zustande. Jedes Grundstück mit Wirthschafts-Inventar, will ich verkaufen. (5072)

Carl Schmidt

in Pöhlitz bei Bahnstation Altfelde.

Sprinkenschläuche, Fenereimer, Treibriemen, Binderriemen, Gummi-Artikel etc.

empfehlen 4951

Ed. Trosienor,

Johannisstraße 31, Danzig.

Dieselbst sind gute Spanische Fahrseilen und kräftige Stallhüter verläuflich.

Altes Messing, Kupfer, Zint, Blei und Zinn

läuft zum höchsten Preise

die Metall-Schmelze von

S. A. Hoch,

Johannisstraße 29. (2560)

Wegen Räumung des Bauplatzes

sind wir genöthigt unsere Brennmaterialien, als: Kohlen, Torf, sämmtliche Sorten Kloben- und geschlagenes Holz zu bedeutend ermäßigten Preisen zu verkaufen.

Bestellungen werden erbeten bei den Hrn. Dertell & Spindus, Langgasse 72, Herrn Daase, Melzerstraße 2, sowie am Lagerplatz der Unterzeichneten, Mattenbuden 29.

K. Marsdorf & F. Tornau.

Von prima 92/95 % Pottasche, 66 % Schwefelsäure, 20/22 % Salzsäure

habe bedeutendes Consignationslager hier und effectuire eingehende Ordres billigst.

Carl Treitschke,

5073) Danzig.

Ein gutes Pianino ist zu vermieten Heil. Geistgasse No. 22 U.

Auction zu Groß-Walddorf. (Obertrift).

Donnerstag den 21. Februar 1878, Vormittags 10 Uhr, werde ich zu Gr. Walddorf (Obertrift), bei dem Pächter Herrn Schumacher wegen Aufgabe der Wirthschaft und Abzugs, an den Meistbietenden verkaufen: 5 Pferde, darunter 2 fünf- und sechsährige Grauschimmel (elegante Wagenpferde), 1 dreijähr. Fuchs-Ballach, 6 Kühe, theils frischmilchend, theils tragend, 2 Schweine, 15 Hühner, 1 Hofhund mit Kette und Bunde, 2 Kisten, 1 Arbeitswagen mit Zubehör, 2 Schlitten, 1 Paar Spaziergehirne mit Bäumen, Leinen und Halskoppeln, 2 Gepann halbleb. Geschirre, 2 Sättel, 2 Kämme, 1 Landhaken, 4 eisenz. Eggen, 1 Hackellade mit Sense, 1 Drahtsieb, 1 Scheffel-Maach, Getreidesäcke, Pferdebedecken, Haufen, Sorten, Dunghaufen, Säden, Spaten, Schaufeln, Garten-, Milch- und Wassereimer, Beden, Wassertonnen, Kleiderstühle, 1 Glasst. 1 gr. birk. Klapp- und andere Tische, 6 Stühle, Bänke, 1 Bettgestell, 1 Satz Gefinbedecken, 1 Wand- uhr, 1 Nachstuhl mit Einlage, ca. 150 Centner gut gewonnenes Roh- und Pferdeborben in Haufen, 8 Schock Hafer, 8 Schock Gersten- und 2 Schock Roggenricht- Stroh, Haus-, Küchen- und Stallgeräth.

Den Zahlungs-Termin werde ich bei der Auction anzeigen.

Janzen, Auctionator, Breitgasse 4.

Herings-Auction.

Dienstag, den 19. Februar 1878, Vormittags 10 Uhr, Auction auf dem Hofe der Herren F. Boehm & Co. über

gr. Kaufmanns-Heringe KK., Kaufmanns-Heringe K., Mittelheringe M. u. Christiania-Heringe C.

Mellien. Ehrlich.

Große Holz-Auction

auf dem Holzfelde zu Rückfort bei Danzig, früheres Feld der Internationalen Handelsgesellschaft.

Dienstag, den 19. Februar cr., Vormittags präcise 9 1/2 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage und für Rechnung wen es angeht, an den Meistbietenden öffentlich versteigern:

ca. 3000 Stück eigene Plattschwellen, 500 do. Doppelschwellen, in Haufen von 100 Stück gestellt,

ferner: ca. 800 St. ficht. Bau- u. Brackbalken u. Mauerlatten, 100 tannene do. do. do.

1200 fichtene Quadrat- und halbe Sleepers.

Die Balken und Mauerlatten eignen sich besonders zu Bauten und werden in kleinen Partien auf Wunsch der Herren Käufer abgegeben.

Den Zahlungstermin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.

Bureau: Danzig, Gundegeasse No. 111. (4693)

Die Bernsteinalack-Fabrik

Pfannonschmidt & Krüger, Danzig, empfiehlt ihre sämmtlichen Lacke, sowie Siccato, Beindl und Firnis (hell und dunkel) Specialität: Fußbodenlacke, trocken in 6 Stunden.

Aufträge von netto 3 Rthl. an werden prompt gegen Nachnahme ausgeführt.

Das Mühlenetablissement von Oscar Zucker

in Danzig offerirt: Roggenfuttermehl u. Weizenkleie

in bester Qualität zu billigen Preisen frei ab Mühle oder Bahnhof Danzig. (5311)

Ein gut erhaltenes, 2 Jahre gebrauchtes Billard,

steht in Rosenfelde d. Dt. Crone zum sofortigen Verkauf.

Preis 300 M.

Durch J. Reminski, Czerst.

Das Grundstück Reithaus 15, zum Speicher-Geschäft, Lager von Colonial-Waaren, oder auch zum Pferdebestall geeignet, ist sofort zu vermieten.

Näheres Reithaus 21. (5309)

Gutspachtung.

Ein Landwirth aus Mecklenburg f. eine Pachtung, welche m. 40—50,000 M. zu übernehmen ist. Offerten der Herren Gutspächter, welche ihre Güter verpachten wollen, werden erbeten unter C. P. postlagernd Alt-Christburg. (5338)

Zu kaufen gesucht ein Rittergut

über 1000 Morgen groß. Gef. Adressen poste restante Gildenhof sub H. Y.

500 Str. Rigaer u. Probst. Saathaser

150 M. per 2000 St. sind zu verkaufen in Ustarbau bei Neustadt Westpr.

R. Müller.

3000 M. werden auf sichere Hypothek gesucht. Adr. beliebe man u. 5286 in der Exped. d. Btg. einzureichen.

Mein Grunde-Vermieth.-Bureau

erlaube ich mir hierdurch in Erinnerung zu bringen.

J. Dann,

Topengasse 58. (5324)

Ich erlaube mir mein Gesinde-Bureau

in Erinnerung zu bringen.

L. Klein, Vorstadt, Graben 52.

Agentur-Offerte.

Ein Wein-Exporthaus in Bordeaux, mit seit Jahren bestehender Filiale in Deutschland, sucht gegen hohe Provision fleißige und solide Agenten und erbittet Franco-Offerten mit Angabe von Referenzen unter H. 0625 an die Annoncen-Expedition von Haafenstein & Vogler in Hamburg. (5050)

Eine erfahrene, geprüfte Lehrerin, die in allen Wissenschaften, Sprachen u. Musik gründlich und gut unterrichtet, sucht eine Stelle von Offern d. B. (5273)

Adressen unter A. R. postl. Graudenz.

Zur selbstständigen Wirthschaftung eines Gutes von ca. 1400 Morgen wird ein zuverlässiger, erfahrener Beamter gesucht, der eine Kaution von 3—5000 M. stellen kann, es können mehrere Persönlichkeiten berücksichtigt werden, die den Nachw. d. Leistungsfähigkeit führen. Schriftl. Meldungen werden nebst Zeugnissen in Abschrift in der Exp. d. Btg. u. 529 entgegengenommen.

Reelle Offerte.

Standespersonen und Privatleute,

welche über 1—3000 R. verfügen, können an meinem polizeilich genehmigten Darlehensgeschäft im Stillen discreet beihelfen und laufend pro Tausend Thaler u. M. 90 R. sicher verdienen. Kapital wie Zeit durch Hinterlegung von Staatspapieren doppelt gesichert. Ehrenhafte discreete Clienten belieben ihre werthen Adressen der Aufschrift Z. 68 an das Intelligente Comtoir, Berlin, Kurstraße 14, zu senden.

Eine sehr geübte

Directrice,

die in den ersten Confections-Geschäften Königsbergs thätig gewesen, sucht vom 1. April auswärts Stellung. Off. sub B. 44 an Rudolf Mosse, Königsberg i. Pr.

Mehrere in unserem Volkstündergarten

ausgebildete Rindergärtnerinnen,

von denen einzelne schon in Stellung waren, suchen theils als Erziehern junger Kinder, theils als Sonnen u. 1. April Stellen in Familien.

Näheres durch Fr. Dr. Behrens, Jopengasse 1 (10—12 Uhr Vorm.) und Elise Schirmacher, Bollwegergasse (1—2 Uhr Nachm.).

Der Vorstand.

Reelles Heiraths-Gesuch.

Ein etablierter Kaufmann, Anfang 30er, in angenehmer Lebensstellung, sucht diesem Wege eine Gattin. Damen im zwanzigen Jahren, von gutem Herzen, bescheidenem Wesen, mit einem disponiblen Vermögen von 20—30,000 M., resp. Eltern oder Vormünder werden höflich beten, gefällige Offerten u. Z. 5332 in Exped. d. B. einzureichen. Die strengste discretion wird zugesichert.

Ein Diener, verheirathet, mit guten Reizen sucht vom 1. März resp. 1. April eine feste Stellung; derselbe eignet auch als Krankenwärter. Offerten erb. 5222 i. d. Exped. d. Btg.

Zwei Pensionäre,

Knaben von 10 bis 13 Jahren, finden Ostern c. eine Pension mit liebevoller Pflege und auf Wunsch mit Beaufsichtigung der Schularbeiten bei Frau Dr. Wallberg, Frauengasse 7.

Ein geräum. Ladenlo-

nebst Stube und Küche, auf Wunsch Zimmer in der Nähe der Langgasse ist kühnhalber sofort oder zum 1. April vermietet. Näheres unter 5028 in Exp. d. Btg.

60,000 Thaler

à 5 % (unlindb.) in geth. Posten habe für ein Institut auf erstellte Hypothek vergeben. M. Fürst, Heil. Geistgasse.

Die dem August Mathelowski, Schöberg, zugefügte Beleidigung nehme hiermit zurück.

Anton Gelewski, Schöberg.

Da ich von meiner Ehefrau Lou Specht geb. Markowski Schlichts getrennt lebe, warne ich Mann, derselben etwas zu borgen, weil für nichts aufkomme. Vollmachten, meine Frau ausgefertigt hat, erkläre ich ungültig.

Carl Specht, Marienburg.

Klein-Rinder-Bewah-Anstalten.

Mittwoch, den 20. Februar, Abends 7 Uhr im Gewerbehaus

Vorlesung (No. 5.)

des Herrn Schulrath Dr. Cosack „Deutschthum im Elsaß.“

Eintrittspreis 1 M.

Schoewe's Restaurant.

36. Heil. Geistgasse 36, empfiehlt sich dem geehrten Publikum.

Hall's Restaurant

103. Altstadt, Graben 103, bringt seine Localitäten bei neufr. freundl. Bedienung in Erinnerung.

Mit! Mit!

Schulze: Wohin?

Müller: Zur „Reichshofhalle“

feinen Schoppen Bier trinken

Verantwortlicher Redacteur S. M. Dr. und Verlag von A. W. Rasche in Danzig.